

Die regionale Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen im frühindustriellen Deutschland: ihre Ursachen und ihre Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H. (1979). Die regionale Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen im frühindustriellen Deutschland: ihre Ursachen und ihre Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse. In R. Fremdling, & R. H. Tilly (Hrsg.), *Industrialisierung und Raum : Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts* (S. 251-282). Stuttgart: Klett-Cotta. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-327700>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die regionale Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen im frühindustriellen Deutschland — Ihre Ursachen und ihre Auswirkungen auf politische Entscheidungs- prozesse

1. Forschungsprobleme und Quellenbasis

Prozesse regionaler Differenzierung und Integration im Deutschland des 19. Jahrhunderts wurden bisher fast ausschließlich mit Blick auf das Regierungshandeln der Einzelstaaten, die Sozialstruktur und die Wirtschaftsverfassung untersucht, während kollektive politische Orientierungen und Verhaltensweisen weitgehend ausgeblendet blieben. Damit unterscheidet sich die Forschungssituation in Deutschland grundlegend von der in den angelsächsischen Ländern, Skandinavien und Frankreich, wo eine hochentwickelte historische Wahlforschung mit „sozialökologischem“ Ansatz aus den Variationen struktureller Gegebenheiten Erklärungen für die regionale Differenzierung politischer Orientierungen abzuleiten versucht¹. Die Vernachlässigung solcher Problemstellungen und Vorgehensweisen durch die deutschen Historiker ist sicher nicht nur auf deren vielbeschworene Skepsis gegenüber sozialwissenschaftlichen Forschungsansätzen und quantifizierenden Methoden, sondern auch auf die unbefriedigende Quellenlage zurückzuführen. So liegen erst seit 1871 Wahlergebnisse in nationalem Rahmen vor², während im davorliegenden Zeitraum die Möglichkeiten regional vergleichender Untersuchungen durch unterschiedliche Wahlgesetze und -termine der Einzelstaaten beeinträchtigt werden. Zudem beschränkten gesetzliche Restriktionen und polizeiliche Repressionen die Möglichkeiten einer kollektiven Artikulation politischer Forderungen.

Unter diesen Voraussetzungen wird der Forscher, der für den Zeitraum vor 1871 regional vergleichend politische Orientierungen und Partizipationsprozesse untersuchen will, auf die Jahre 1848/49 verwiesen, in denen für einen kurzen historischen

¹ Vgl. dazu neuerdings Steinbach, Peter, Stand und Methoden der historischen Wahlforschung. Bemerkungen zur interdisziplinären Kooperation von moderner Sozialgeschichte und den politisch-historischen Sozialwissenschaften am Beispiel der Reichstagswahlen im deutschen Kaiserreich, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hrsg.), Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 171–234.

² Für die Zeit nach 1871 liegt nunmehr die Anthologie von Büsch, Otto, u. a. (Hrsg.), Wählerbewegung in der deutschen Geschichte, Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, Berlin 1978, vor.

Augenblick die Beschränkungen der Presse-, Versammlungs-, Vereins- und Petitionsfreiheit wegfielen, in denen mit der Frankfurter Nationalversammlung zum ersten Mal eine parlamentarische Appellationsinstanz auf nationaler Ebene existierte und sich ein differenziertes Verbandswesen entfaltete.

Diese Entwicklungen werden zudem durch ein reichhaltiges, bisher aber nur bruchstückhaft ausgewertetes Quellenmaterial dokumentiert, dessen Homogenität und Erhaltungszustand auch eine quantifizierende Auswertung erlauben. Zwar bleibt wegen des Verlusts der Wahlprotokolle eine über einzelne Bezirke hinausgehende Analyse der Wahlen zur Nationalversammlung unmöglich³, doch verfügt die Forschung mit den Petitionen an das Frankfurter Parlament über ein Primärmaterial, das die Vielfalt, Intensität und Verteilung von Forderungen, Erwartungen und Einstellungen innerhalb der Bevölkerung sehr viel schärfer abbildet als dies aggregierte Wahlergebnisse können, das zudem die Organisationsbedingungen politischer Partizipation im frühindustriellen Deutschland sichtbar werden läßt⁴.

Petitionen, die ein traditioneller Weg des Appells an politische Entscheidungsträger waren, wandelten sich unter den veränderten Bedingungen der Jahre 1848/49 in allgemein zugängliche „institutionelle Kanäle“, über die nun bisher noch nicht politisch aktive Schichten in politische Auseinandersetzungen und Interessenkämpfe eingriffen. Das Unterzeichnen von Eingaben war, wie die große Beteiligung erkennen läßt, eine Form politischen Handelns mit relativ geringem Schwellenwert, die wenige Qualifikationen und keine Risikobereitschaft erforderte. Die Analyse der handelspolitischen Petitionen, bei denen in über 73 % der Fälle die soziale Herkunft der Unterzeichner ermittelt werden konnte, hat gezeigt, daß Gesellen, Land- und Industriearbeiter zu den am häufigsten in den Unterschriftenlisten vertretenen Gruppen gehörten. Insgesamt wurden in den Jahren 1848/49 ca. 25 000 bis 30 000 Petitionen an die Frankfurter Nationalversammlung gesandt. Wenn man eine durchschnittliche Zahl von ca. 100 Unterschriften pro Eingabe, wie sie für die handelspolitische Petitionsbewegung ermittelt wurde, als repräsentativ für die gesamte Petitionsbewegung rechnet, ergibt dies eine Gesamtzahl von ca. 2,5 bis 3 Mio. Beteiligten.

Diese Hinweise auf den Mobilisierungserfolg der Petitionsbewegung, die gegenwärtig noch auf Schätzwerten und Hochrechnungen beruhen müssen, lassen erkennen, daß die These von der „völligen Gleichgültigkeit“ der Massen und ihrer „passiven

³ Vgl. dazu Hamerow, Theodore S., Die Wahlen zum Frankfurter Parlament, in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918), Köln 1972, S. 228 f.

⁴ Eine Beschreibung und Bewertung dieser Quellengruppen, in der sich auch die Belege für die folgenden Aussagen finden, wird in Best, Heinrich, Die quantitative Analyse inhaltlicher und kontextueller Merkmale historischer Dokumente. Das Beispiel der Petitionen an die Frankfurter Nationalversammlung, in: Best, Heinrich u. Mann, Reinhard (Hrsg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung, Stuttgart 1977, S. 162–205, gegeben. Ausführlicher zu diesem Thema demnächst die Dissertation des Autors über Handelspolitische Interessenkonflikte im frühindustriellen Deutschland, die Anfang 1979 in den „Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft“ erscheinen wird.

Rolle im öffentlichen Leben“⁵ nach der Märzrevolution nicht zu halten ist. Die Frankfurter Nationalversammlung und die Zentralgewalt blieben bis in das Frühjahr 1849 trotz aller Kritik die Adressaten für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Anliegen großer Gruppen der Bevölkerung.

Wichtige und zumeist kontroverse Themen der Petitionsbewegung waren

- *die Reform der Wirtschaftsverfassung*, in diesem Zusammenhang vor allem die Forderung nach Abschaffung der Feudallasten, nach restriktiven gewerbepolitischen Maßnahmen, nach Herstellung eines geschlossenen Binnenmarktes, nach Schutzzöllen, nach Neuaufteilung des Grundbesitzes, nach gleicher Besteuerung und sozialer Sicherung, nach Freizügigkeit und einem allgemeinen Niederlassungsrecht;
- *Veränderungen des politischen Entscheidungssystems*, wie die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat, nach Ausgestaltung und Erweiterung einzelner Grundrechte, nach einer Erweiterung kommunaler Selbständigkeit, nach Ausdehnung des Wahlrechts und Abschaffung der monarchischen Staatsform;
- *Konflikte um die anzustrebende Reichweite politischer Integration*, wie der um eine Einbeziehung Österreichs in einen künftigen deutschen Nationalstaat, um die Integration ethnischer Minoritäten und die Mediatisierung von Einzelstaaten.

Daten über die regionale Verteilung dieser (interessen-)politischen Gravamina lassen sich problemlos aus den Petitionen gewinnen, da in nahezu allen Exemplaren die Ausstellungsorte angegeben sind.

Es bleibt festzuhalten, daß die grundlegenden Konfliktlinien der Jahre 1848/49 in den Petitionen dokumentiert werden, mehr noch: daß dieser Quellentyp über die regionalen Schwerpunkte und den sozialen Hintergrund (interessen-)politischer Orientierungen auch im zeitlichen Umfeld der Jahre 1848/49 Aufschluß geben kann. Denn wir meinen davon ausgehen zu dürfen, daß sich in revolutionären Prozessen nicht nur beschleunigter Wandel manifestiert, sondern daß in ihnen zugleich die langfristig wirksamen motivationalen Antriebe und strukturellen Bedingungen politischen und sozialen Handelns sichtbar werden.

Die Analyse der regionalen Verteilungsmuster (interessen-)politischer Orientierungen kann gegenwärtig noch nicht die oben beschriebene inhaltliche Vielfalt der Petitionsbewegung einbeziehen, da dazu eine Umsetzung des Gesamtbestandes in einen maschinenlesbaren Datensatz die Voraussetzung wäre. Diese Erschließungsarbeit, die der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung die Möglichkeit eröffnet wird, politische Einstellungen und Handlungsformen auch der „stummen Massen“ rund hundert Jahre vor dem Einsetzen der Meinungsforschung in Deutschland auf einer breiten Grundlage zu untersuchen, wird z. Zt. vorbereitet. Als erster Teilbestand wurden bisher die handelspolitischen Petitionen in einen maschinenlesbaren Datensatz übergeführt und mit quantitativen Methoden ausgewertet⁶.

Gerade dieser Themenbereich ist jedoch für die Analyse interessenpolitischer Konfliktlinien von besonderer Relevanz, da die Zollpolitik seit dem Ende der napo-

⁵ Hamerow, Wahlen, S. 228.

⁶ Vgl. Best, Analyse, S. 164 ff.

leonischen Kriege von Wissenschaft, Publizistik und Interessenten als das wirksamste übergreifendste Steuerungsinstrument staatlicher Wirtschaftspolitik eingeschätzt wurde und handelspolitische Forderungen über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg der Hauptgegenstand der Einflußversuche wirtschaftlicher Verbände blieben⁷. Die besondere Bedeutung handelspolitischer Kontroversen wird auch in der Petitionsbewegung sichtbar: Mit 3 775 Exemplaren hatten Zollpetitionen einen Anteil von ca. 13–16 % an allen Eingaben an die Frankfurter Nationalversammlung und wurden von insgesamt ca. 397 000 Unterzeichnern unterstützt. Den weitaus größten Mobilisierungserfolg hatte die Schutzzollagitation: Die Befürworter protektionistischer Maßnahmen stellten mit 372 174 Unterschriften 93,9 % der handelspolitischen Massenbewegung. Die freihändlerische Seite brachte es dagegen nur auf 20 678 Unterschriften. Die Polarisierung der handelspolitischen Lager wird daran erkennbar, daß nur 3 699 Unterschriften „indifferente“ Petitionen unterstützten, die sich lediglich für die Aufhebung der innerdeutschen Handelsschranken aussprachen, ohne ein dezidiertes handelspolitisches Programm zu vertreten.

Klar abgrenzbare zollpolitische Gruppierungen hatten sich bereits im Vormärz formiert. Auf schutzzöllnerischer Seite wurden in der zweiten Hälfte der 1840er Jahre die Konzepte Friedrich Lists, der durch ein differenziertes Zollsysteem eine forcierte industrielle Entwicklung Deutschlands einleiten wollte, und Gustav von Gülichs, der auf dem Weg einer Ausschaltung ausländischer Konkurrenz die handwerklich-kleingewerblichen Produktionsformen erhalten wollte, zu einem widersprüchlichen aber eingängigen Programm verschmolzen, mit dem unter der Parole „Schutz der nationalen Arbeit“ die Interessen von Fabrikanten, Kleingewerbetreibenden, gewerblichen Arbeitern und Landwirten gleichermaßen angesprochen werden sollten. Auf freihändlerischer Seite wurde das Konzept des preußischen Tarifs von 1818 zur Richtschnur interessenpolitischen Handelns⁸. Für die Jahre 1848/49 wird die Klassifikation von Forderungen in die Kategorien „schutzzöllnerisch“ und „freihändlerisch“ zusätzlich dadurch erleichtert, daß mit dem „Allgemeinen deutschen Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ auf schutzzöllnerischer Seite, dem „Deutschen Verein für Handelsfreiheit“ und dem „Verein von Abgeordneten des Handelsstandes“ auf freihändlerischer Seite handelspolitische Interessenorganisationen entstanden, deren Tarifenwürfe die offiziellen Forderungskataloge von Freihandels- und Schutzzollbewegung festlegten⁹.

⁷ Vgl. dazu u. a. Fischer, Wolfram, Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Deutschland am Beginn der Industrialisierung, in: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze – Studien – Vorträge, Göttingen 1972, S. 67; Nipperdey, Thomas, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, 3. Aufl., Köln u. Berlin 1970, S. 369 ff. und Tilly, Richard, Los von England: Probleme des Nationalismus in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, in: Zs. f. d. ges. Staatswissenschaft, 124 (1968), S. 170 ff.

⁸ Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland. Ausgearbeitet und mit Motiven versehen in Gemäßheit der Beratung der in Frankfurt versammelt gewesenen Abgeordneten des Handelsstandes, Frankfurt a. M. 1848, S. 1.

⁹ Vgl. dazu Finger, Adolf, Die Schutzzollfrage 1848/49 und der Allgemeine deutsche Verein

Beide handelspolitischen Lager fanden bereits im Vormärz ihren Rückhalt in unterschiedlichen regionalen Einzugsgebieten. Die Freihandelsbewegung wurde vor allem aus den Handelsstädten im Ostseeküstenraum, aus Berlin, Hamburg und den Messestädten Leipzig und Frankfurt unterstützt. Seit 1847 begannen sich in einigen dieser lokalen Zentren Freihandelsvereine zu bilden, die in erster Linie von den Kaufmannschaften getragen wurden, aber auch bei den exportorientierten Agrariern des Hinterlandes Anklang fanden. Die Schutzzollbewegung hatte ihre Schwerpunkte in den süddeutschen Staaten, der Rheinprovinz und dem Kgr. Sachsen. Die Industrie- und Fabrikantenvereine dieser Regionen wurden die organisatorischen Träger protektionistischer Forderungen¹⁰.

Die regionale Differenzierung von Schutzzoll- und Freihandelsbewegung blieb trotz der im Vormärz sehr begrenzten Möglichkeiten interessenpolitischer Einflußnahme nicht ohne Wirkung auf die politischen Entscheidungsprozesse: Die Positionen der Einzelstaaten auf den Zollvereinskongressen wie bei den Verhandlungen über die Einbeziehung der norddeutschen Küstenstaaten in einen gesamtdeutschen Zollverband wurden unter anderem von den jeweils vorherrschenden zollpolitischen Orientierungen bestimmt, die wiederum Unterschiede der Wirtschaftsstruktur und der Ausrichtung am Weltmarkt spiegelten¹¹. In aller Deutlichkeit traten die interessenpolitischen Konfliktlinien jedoch erst hervor, als 1848/49 die politischen Restriktionen des Vormärz wegfielen und sich in Frankfurt für wenige Monate ein parlamentarisches Zentrum etablierte. Wie hoch zeitgenössische Beobachter die Bedeutung des Schutzzollkonflikts für die politischen Entscheidungsprozesse dieser Jahre einschätzten und wie sie die regionale Komponente in den interessenpolitischen Auseinandersetzungen bewerteten, läßt der „Jahresbericht pro 1848“ der Kölner Handelskammer erkennen: Er meldete besorgt, „daß den deutschen Einheitsbestrebungen aus dem Gegensatz der materiellen Interessen ernstliche Schwierigkeiten erwachsen könnten. Während nämlich auf der einen Seite die Seehäfen- und Küstenländer durch die Natur auf die Vermittlung des Austausches der verschiedenen Zonen angewiesen sind, haben sich andererseits die Binnenländer der Fabrikindustrie ergeben; beide haben sich die ihrem Wesen entsprechende Fahne erkoren und bekämpfen sich mit diametral entgegengesetzten Grundsätzen und Tarifentwürfen“¹².

Die angedeuteten Zusammenhänge zwischen dem sozio-ökonomischen Kontext, den Mobilisierungserfolgen der konkurrierenden handelspolitischen Lager und den politischen Entscheidungsprozessen lassen sich in vier konkrete Forschungsfragen fassen, deren Beantwortung auf den folgenden Seiten versucht werden soll:

zum Schutze der vaterländischen Arbeit, Gießen, Phil. Diss. 1937 und Pahl, Hans, Hamburg und das Problem einer deutschen Wirtschaftseinheit im Frankfurter Parlament 1848/49, Hamburg, Phil. Diss. 1930. Ausführlicher und mit neuen Daten demnächst Best, Interessenkonflikte.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Diese Zusammenhänge lassen sich vor allem bei der 6. und 8. Generalkonferenz der Zollvereinsstaaten, auf denen über die Erhöhung der Eisen- und Textilzölle debattiert wurde, beobachten. Vgl. Verhandlungen der sechsten (achten) General-Conferenz in Zollvereins-Angelegenheiten, Berlin/Karlsruhe 1843/1846.

¹² Bundesarchiv/Fm., RMH 14, Nr. 337.

- Welche Auswirkungen hatten regionale Disparitäten der Sozial- und Wirtschaftsstruktur auf die Ausbildung von Zentren der Freihandels- und Schutzzollbewegung?
- Welcher Zusammenhang bestand zwischen regionalen Unterschieden der Außenhandelsorientierung und den jeweiligen Mobilisierungserfolgen der konkurrierenden handelspolitischen Lager?
- Welcher Zusammenhang bestand zwischen der Ausbildung verbandspolitischer „Infrastrukturen“ und der Entstehung von Zentren der Schutzzoll- und der Freihandelsbewegung?
- Setzten sich die sektionalen interessenpolitischen Konfliktlinien, die auf der Ebene der handelspolitischen Massenbewegung identifiziert werden können, über die intermediären Instanzen in den parlamentarischen Bereich fort?

2. Verlauf und Entstehungsbedingungen sektionaler interessenpolitischer Konfliktlinien im frühindustriellen Deutschland

2.1. Die interessenpolitische Landkarte des frühindustriellen Deutschland

Da „interessenpolitische Orientierungen“ ein zu komplexes Phänomen sind, als daß sie direkt gemessen werden könnten, ist es notwendig, für diese Variable einen geeigneten Indikator auszuwählen, dessen Qualität Aussagen der angestrebten Reichweite erlaubt. Der Prozentanteil der Zahl der Unterschriften zugunsten freihändlerischer oder schutzzöllnerischer Petitionen an den Bevölkerungszahlen noch abzugrenzender regionaler Einheiten (Mobilisierungsgrad) ist, wie wir meinen, diejenige Maßzahl, die am sensibelsten Unterschiede des Engagements für die konkurrierenden handelspolitischen Programme anzeigt. Demgegenüber liefern Indizes, die auf der Zahl der Petitionen beruhen, ein eher verzerrtes Bild, da deutliche Abweichungen der Unterschriftenhäufigkeiten pro Petition je nach Textversion, Herkunftsort und Ausstellungsmonat festgestellt wurden.

Das zweite methodische Problem, das vor der Diskussion der Forschungsergebnisse geklärt werden soll, ist die Abgrenzung der Gebietseinheiten. Mit der Perspektive, eine ökologische Analyse interessenpolitischer Mobilisierungsprozesse durchzuführen, wurde der regionale Raster der zeitgenössischen Berufs- und Gewerbestatistik der Untersuchung zugrundegelegt. Dies hat zur Folge, daß die Untersuchung auf relativ hochaggregierten Daten beruht, da z. B. die Zollvereinserhebung des Jahres 1846 nur auf der Ebene der Einzelstaaten präsentiert wurde¹³. Die großen und

¹³ Vgl. dazu die Statistische Übersicht der Fabrikations- und gewerblichen Zustände in den verschiedenen Staaten des deutschen Zollvereins im Jahre 1846, in: Mitteilungen des statistischen Bureau's in Berlin, 4 (1851), S. 252 ff. Die Abgrenzung der Gebietseinheiten rechtfertigt sich auch dadurch, daß im Rahmen der Einzelstaaten bzw. der Provinzen Bayerns und Preußens die Petitionsbewegung organisiert wurde. So stimmen die Verbreitungsgebiete der Sammelpetitionen (fast 90 % aller untersuchten Petitionsexemplare gehören zu Sammelpetitionen) im allgemeinen mit den Grenzen dieser politischen Einheiten überein. Vgl. Best, Interessenkonflikte.

inhomogenen staatlichen Einheiten Bayern und Preußen konnten jedoch soweit in ihre Provinzen und Verwaltungsbezirke untergliedert werden, daß die Vergleichbarkeit zu anderen Regionen gewahrt bleibt.

Tabelle 1 stellt die regionale Verteilung schutzzöllnerischer und freihändlerischer Unterschriften sowie die regionalen Abweichungen der Mobilisierungsgrade für beide handelspolitische Lager dar:

Tabelle 1 Die regionale Differenzierung von Schutzzoll- und Freihandelsbewegung

Region	Zahl der freihändl. Unterschr.	Zahl der schutzz. Unterschr.	Freihändl. Mobilisie- rungsgrad ⁺	schutzzöllner. Mobilisie- rungsgrad ⁺
Bayern (rechtsrh.)	—	19 655	—	0,50
davon Franken	—	15 649	—	0,96
davon Altbayern, Schwaben und Oberpfalz	—	4 006	—	0,17
Württemberg	—	50 392	—	2,90
Baden	—	41 739	—	3,06
Hessen-Darmst.	—	12 849	—	1,50
Hessen-Kassel	—	1 152	—	0,15
Pfalz	—	15 126	—	2,48
Nassau	—	17 522	—	4,18
Thüringen ⁺⁺	—	12 315	—	1,29
Kgr. Sachsen	383	114 689	0,02	6,05
Braunschw./Lippe	—	827	—	0,20
Rheinprovinz	497	47 962	0,01	1,70
Prov. Westfalen	1	8 281	—	0,56
Prov. Sachsen/Anhalt	—	1 808	—	0,10
Prov. Brandenburg	287	398	0,01	0,01
Prov. Schlesien	217	25 674	—	0,83
Prov. Posen	1 783	2	0,13	—
Ostseeprovinz.	2 502	232	0,06	—
Mecklenburg	10 966	44	1,74	—
Hannover	1 156	203	0,06	0,01
Oldenburg	117	5	0,04	—
Schleswig-Hol.	1 489	251	0,16	0,02
Bremen	—	4	—	—
Lübeck	301	—	0,63	—
Hamburg	905	2	0,44	—
Frankfurt	1	515	—	0,74
Insgesamt ⁺⁺⁺	20 678	371 849	0,04	0,74
Österreich	—	551	—	—

+) Anteil der Zahl der Unterschriften an der der Gesamtbevölkerung in Prozent¹⁴

++) Thüringische Staaten ohne Anhalt

+++ ohne Österreich

¹⁴ Die Bevölkerungszahlen für die einzelnen Regionen wurden aus Tab. 2 entnommen.

Wenn man die regionalen Zentren der handelspolitischen Petitionskampagne durch einen Mobilisierungsgrad von (aufgerundet) ≥ 1 % definiert, läßt sich für die Schutzzollbewegung ein Kernbereich abgrenzen, der von West- und Südwestdeutschland in einem Ausläufer über Franken und Thüringen nach Sachsen reichte (vgl. Karte). 88,3 % aller Unterschriften zugunsten schutzzöllnerischer Petitionen kamen aus diesem Raum, in dem andererseits nur 36,5 % der nichtösterreichischen Bevölkerung des Deutschen Bundes (in den Grenzen von 1848–1851) lebten. Neben diesem Kernbereich und einer Fülle lokaler Einzelpetitionen gab es in den schlesischen Zentren der Textil- und Montanindustrie, in den Augsburger und Münchner Gewerberegionen, im westlichen Westfalen und im Tabakanbaugebiet von Duderstadt weitere Schwerpunkte der Schutzzollbewegung.

Die Freihändler hatten auf regionaler Ebene lediglich in Mecklenburg einen nennenswerten Mobilisierungserfolg: Mit 1,7 % der Gesamtbevölkerung wurde dort ein ähnlich großer Bevölkerungsanteil aktiviert wie für schutzzöllnerische Petitionen in Rheinpreußen. Daneben gab es ein überlokales Zentrum der Freihandelsbewegung in Posen. Lokale Petitionen kamen aus nahezu allen Häfen der Ostseeküste. Es überrascht, daß in Hamburg, das neben Frankfurt das zweite organisatorische Zentrum der Freihandelsbewegung war, und aus dem im wesentlichen die finanziellen Mittel für ihre Agitation und Organisation flossen, nur 0,4 % der Gesamtbevölkerung mobilisiert wurden.

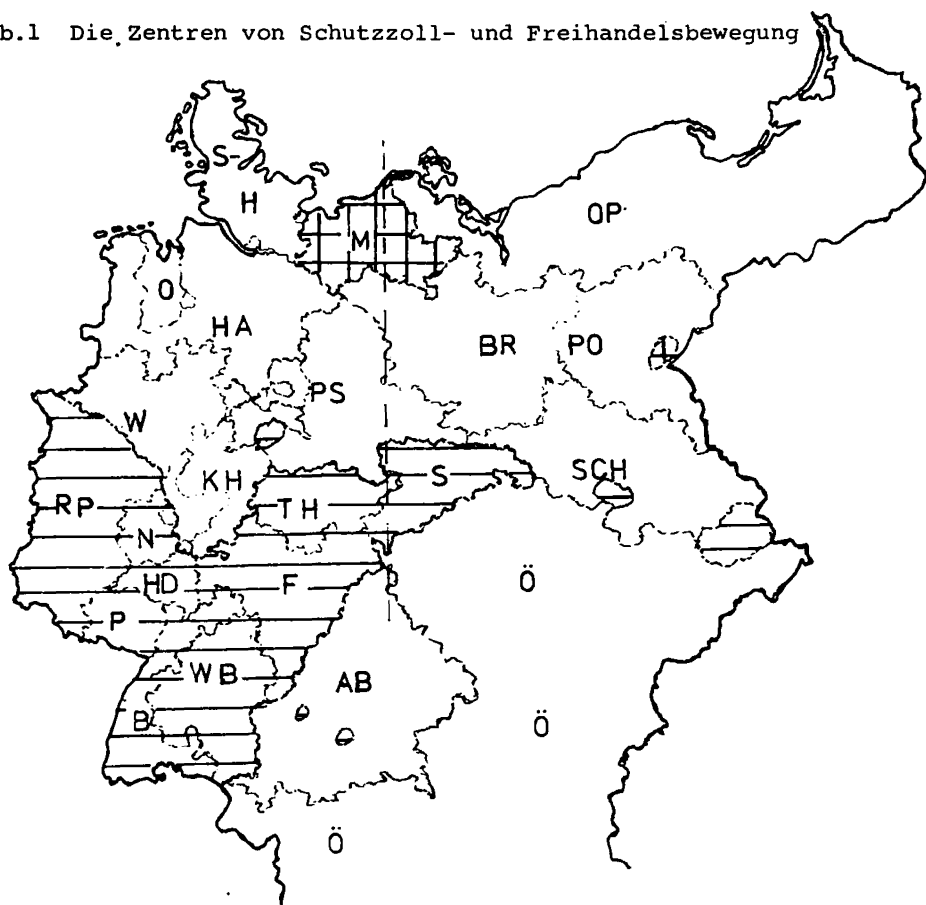
Zusammenfassend läßt sich eine Viergliederung der interessenpolitischen Landkarte Deutschlands erkennen: In den nordostdeutschen Küstenregionen eine freihändlerische Zone, in Nordwest- und im nördlichen Mitteldeutschland eine Zone mit geringen Mobilisierungserfolgen für beide Lager, in West-, Südwest- und in südlichen Mitteldeutschland das schutzzöllnerische Kerngebiet und schließlich in Altbayern und in den zum Deutschen Bund gehörenden Teilen des österreichischen Kaiserstaates wieder eine Zone der Indifferenz.

2.2. Sozio-ökonomischer Kontext und interessenpolitische Orientierungen

Die Beobachtung einer deutlichen regionalen Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen regte bereits die Zeitgenossen zu Überlegungen über deren wirtschaftliche, sozialstrukturelle und motivationale Entstehungsbedingungen an. So führte das Organ des „Deutschen Vereins für Handelsfreiheit“, der „Deutsche Volkswirt“, die schutzzöllnerischen Tendenzen Süddeutschlands auf den vermeintlichen Niedergang seiner Gewerbekultur seit den Zeiten der Fugger zurück. Andererseits befand sich die gewerbliche Entwicklung Norddeutschlands wegen „seiner vermehrten Seegeltung und seiner vermehrten Beziehungen zum Auslande“ im Aufschwung¹⁵. Da wesentliche wirtschaftliche Strukturunterschiede zwischen Süd- und Norddeutschland geleugnet wurden, verfiel ein Beitrag darauf, die Persönlichkeit Friedrich Lists, der „nur mit Peter Waldus, Thomas Münzer und anderen Religions-

¹⁵ 3 (1849), S. 27, 4, S. 42.

Abb.1 Die Zentren von Schutzzoll- und Freihandelsbewegung



= schutzzöllnerischer Kernbereich⁺



= freihändlerischer Kernbereich⁺

S-H = Schleswig-Holstein
 M = Mecklenburg
 O = Oldenburg
 OP = Ostseeprovinzen
 HA = Hannover
 PS = Provinz Sachsen
 BR = Provinz Brandenburg
 PO = Provinz Posen
 SCH = Provinz Schlesien
 W = Provinz Westfalen
 RP = Rheinprovinz

N = Nassau
 KH = Kurfürstentum Hessen
 TH = Thüringische Staaten
 S = Königreich Sachsen
 HD = Hessen-Darmstadt
 F = Franken
 P = Pfalz
 WB = Württemberg
 B = Baden
 AB = Altbayern
 Ö = Österreich

⁺ Mobilisierungsgrad jeweils $\geq 1\%$.

schwärmern vergleichbar“ sei, als Grund für die letztlich irrationale Schutzzollbegeisterung Süddeutschlands anzuführen¹⁶.

Demgegenüber begründete das „Zollvereinsblatt“ die sektionalen Abweichungen interessenpolitischer Orientierungen mit den wirtschaftlichen Strukturunterschieden zwischen einem gewerbe- und industriereichen Binnenland und den „reinen Agrikulturprovinzen an der Küste“¹⁷.

Dieser Erklärungsversuch ist sicherlich plausibler als die etwas gewagten Annahmen der freihändlerischen Beobachter. Er soll im Folgenden als Ausgangshypothese zur Begründung für die Entstehung sektionaler interessenpolitischer Konfliktlinien übernommen werden.

Bevor jedoch die Analyse des Zusammenhangs zwischen interessenpolitischen Mobilisierungserfolgen und sozio-ökonomischem Kontext unternommen werden kann, sollen die ökologischen Daten vorgestellt werden, die als unabhängige Variablen in dieses Erklärungssystem eingeführt werden. Hier stellt sich zunächst die Frage, welche Indikatoren für die Aufdeckung von Unterschieden zwischen den regionalen Wirtschafts- und Sozialstrukturen gewählt werden sollen. Es versteht sich, daß dabei die spezifische Fragestellung der Untersuchung, die auf die interessenpolitischen Folgen und Implikationen solcher Disparitäten gerichtet ist, besonders berücksichtigt werden muß.

Sind es also Unterschiede der Schicht- oder der Berufsgruppenstruktur, der Repräsentanz einiger zentraler Wirtschaftsbereiche oder des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung durch die Differenzen regionaler Interessenlagen am besten erklärt werden können?¹⁸

Angesichts der gegebenen Forschungsziele war die interessenpolitische Selbstklassifizierung der Bevölkerung, deren politisches Handeln im Zweifel nicht von den objektiven Verhältnissen, sondern von einer häufig gebrochenen und verzerrten Perception der sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit bestimmt wurde, ein wichtiger Gesichtspunkt für die Entscheidung zugunsten eines bestimmten Kriteriums. Unter dieser Voraussetzung schien die Weise, in der sich in den Jahren 1848/49 die deutsche Öffentlichkeit zur Artikulation wirtschaftlicher Interessen und sozialer Anliegen formierte, der angemessene Raster für die Aufdeckung sozio-ökonomischer Strukturunterschiede. Die Definition der den folgenden Darstellungen zugrundegelegten Interessengruppen entspricht also der Weise, in der sich 1848/49 die wirtschaftlichen *Interessenorganisationen* formierten. Die ermittelten prozentualen Anteile der Interessengruppen an den regionalen Gesamtbevölkerungen sollen den Vergleich zwischen den regionalen interessenpolitischen Potentialen ermöglichen¹⁹.

¹⁶ Ebd., 7 (1849), S. 93.

¹⁷ Ebd., (1849), S. 18.

¹⁸ Vgl. dazu den programmatischen Einführungsaufsatz für diesen Band.

¹⁹ Die Landwirte hatten bereits vor 1848 eine Interessenvertretung auf nationaler Ebene etabliert. Sie trafen sich seit 1837 zu jährlichen „Versammlungen der Deutschen Land- und Forstwirte“, in denen bald neben rein agrarwissenschaftlichen und -technischen Themen interessenpolitische Fragestellungen angesprochen wurden. 1848 formierten sich die deut-

Die im folgenden vorgeführten Ergebnisse beruhen auf der zeitgenössischen Gewerbestatistik, deren Zahlenangaben für die einzelnen Berufsgruppen auf die sechs identifizierten interessenpolitischen Kategorien verteilt wurden. Für die norddeutschen Staaten außerhalb des Zollvereins und die Zollvereinsstaaten Braunschweig, Luxemburg und Frankfurt liegen keine oder keine vergleichbaren statistischen Erhebungen vor. Die Habsburger Monarchie wurde ebensowenig berücksichtigt, da die wirtschaftlichen Interessengruppen Österreichs im behandelten Zeitraum kaum in die zollpolitischen Kontroversen eingriffen (vgl. Tab. 1). Ergebnisse für die landwirtschaftliche Bevölkerung können aufgrund mangelnder statistischer Angaben nur für Preußen, Bayern und Sachsen vorgeführt werden.

Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß die Werte für einige Interessengruppen auf Schätzungen beruhen. Das gilt insbesondere für die „gewerblichen Arbeiter“ und die „landwirtschaftlichen Arbeiter“, die in einigen Regionen nur unscharf voneinander abzugrenzen waren.

In den Jahren um die Mitte des 19. Jahrhunderts läßt sich unter diesen Voraussetzungen folgende regionale Verteilung sozio-ökonomischer Interessengruppen beobachten²⁰:

schen Landwirte zu einem „Kongreß von Abgeordneten deutscher landwirtschaftlicher Vereine“. Auch die deutschen Fabrikanten hatten seit Beginn der 1840er Jahre Ansätze zu einer nationalen interessenpolitischen Vertretung gemacht. Sie schufen sich 1848 den „Allgemeinen deutschen Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“, der vor allem von Industrialen interessenpolitischen Vertretung gemacht. Sie schufen sich 1848 den „Allgemeinen deutschen Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“, der vor allem von Industriellen aus der Textil- und Eisenindustrie getragen wurde. Die Kaufleute gründeten 1848 einen „Verein von Abgeordneten des Handelsstandes“. Die Arbeiter artikulierten ihre Interessen auf dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß“ und dem „Berliner Arbeiterkongreß“. Durch den „Deutschen Handwerker- und Gewerbekongreß“ wurden die Belange der selbständigen Gewerbetreibenden vertreten, nachdem die Gesellen von den Abstimmungen ausgeschlossen worden waren.

Diese organisatorischen Ansätze wirtschaftlicher Interessenorganisationen lassen in selbständigen Landwirten und Gewerbetreibenden, Fabrikanten, Kaufleuten und unselbständigen gewerblichen Arbeitern die fünf Interessengruppen erkennen, in die sich 1848/49 die deutsche Öffentlichkeit zur Artikulation wirtschaftlicher Forderungen und sozialer Anliegen formierte. Der größte Bevölkerungsanteil, die unselbständigen landwirtschaftlichen Arbeiter, waren noch nicht durch eine Organisation vertreten. Da jedoch ihre Anteile an den regionalen Gesamtbevölkerungen wichtige Aufschlüsse über die jeweils vorherrschende Wirtschaftsweise, insbesondere über die Bedeutung des Großgrundbesitzes geben, wurden sie in die Analyse der regionalen sozio-ökonomischen Strukturunterschiede mit einbezogen.

Die Tatsache, daß sich bei der Abgrenzung der Interessengruppen schicht- und berufsgruppenspezifische Orientierungen überlagerten, ist charakteristisch für die Lage einer frühindustriellen Gesellschaft, deren ständische Ordnung infolge der einsetzenden Wandlungsprozesse abzubrockeln beginnt. Diese Überschneidung muß deshalb trotz der mit ihr verbundenen terminologischen Unschärfe hingenommen werden.

Belege und detaillierte Informationen über das Verbandswesen im frühindustriellen Deutschland demnächst in Best, Interessenkonflikte.

²⁰ Die Quellenbelege und die Beschreibung der Vorgehensweisen bei der Berufsklassifikation demnächst ebd.

Tabelle 2 Die regionale Differenzierung der Wirtschafts- und Sozialstruktur im frühindustriellen Deutschland

Region	Industrielles Bürgertum	selbständ. Gewerbetr.	gewerbliche Arbeiter	Gewerbe insges. (= Sp. 1-3)	Kaufleute	selbständige Landw.	Landar- beiter	Agrarsek- tor (= Sp. 6+7)	Gesamtb- völkerung
Württemb.	N 1 183 % 0,06	97 414 5,6	151 424 8,73	14,41	12 926 0,74	—	—	—	1 733 269
Baden	N 1 124 % 0,08	64 808 4,76	99 880 7,34	12,18	9 449 0,69	—	—	—	1 360 764
Bayern (rechtsrh.)	N 3 093 % 0,08	160 806 4,13	304 038 7,80	12,01	23 889 0,61	301 442 7,74	561 814 14,42	22,16	3 889 869
Pfalz	N 374 % 0,06	19 473 3,20	19 573 3,22	6,48	6 276 1,02	44 316 7,28	104 727 17,21	24,49	608 470
Ghm. Hess.	N 856 % 0,10	33 503 3,93	63 865 7,49	11,52	8 767 1,03	—	—	—	852 679
Nassau	N 567 % 0,14	17 641 4,21	28 738 6,86	11,21	3 342 0,80	—	—	—	418 627
Kurhess.	N 904 % 0,12	26 686 4,08	49 864 6,86	11,06	4 091 0,56	—	—	—	726 883
Thür. Staat.	N 1 451 % 0,11	27 846 2,03	91 115 6,63	8,77	3 130 0,23	—	—	—	1 374 285
Pr. Rhein.	N 5 481 % 0,19	122 754 4,37	269 382 9,58	14,14	31 998 1,13	186 074 6,61	396 678 14,11	20,72	2 811 172
Pr. Westf.	N 3 633 % 0,25	64 270 4,38	147 144 10,04	14,67	14 798 1,01	70 842 4,83	267 507 18,26	23,09	1 464 921
Pr. Sachs.	N 2 223 % 0,12	72 843 4,08	202 321 11,36	15,56	17 019 0,95	74 729 4,19	308 230 17,30	21,49	1 781 297
Kgr. Sachs.	N 2 995 % 0,15	129 575 6,83	296 047 15,62	22,60	15 974 0,84	64 937 3,42	255 536 13,48	16,90	1 894 431
Pr. Schles.	N 2 000 % 0,06	140 467 4,58	236 885 7,73	12,32	27 018 0,88	166 509 5,43	652 509 21,31	26,74	3 061 593
Pr. Brand.	N 2 605 % 0,12	70 211 3,29	201 902 9,48	12,89	17 820 0,83	75 907 3,56	320 387 15,04	18,60	2 129 022
Pr. Posen	N 678 % 0,05	36 055 2,66	60 860 4,50	7,21	11 272 0,83	82 266 6,08	311 477 23,03	29,11	1 352 014
Pr. Pommern	N 529 % 0,04	36 136 3,01	68 489 5,72	8,77	8 460 0,70	57 333 4,78	307 403 25,66	30,44	1 197 701
Pr. Preuß.	N 631 % 0,03	57 471 2,31	117 155 4,71	7,05	11 218 0,45	166 671 6,70	678 139 27,26	33,96	2 487 293
Gesamt	N 30 309 % 0,10	1 180 949 4,05	2 408 682 8,26	12,41	227 420 0,78	—	—	—	29 150 801
Gesamt (= Preuß. + Sachs. + Bay.)	N %					1 291 026 5,69	4 164 338 18,36	24,05	22 684 318

Um die Auswirkungen der in Tabelle 2 sichtbar werdenden Strukturunterschiede auf die interessenpolitischen Mobilisierungserfolge zu messen, wurden die prozentualen Anteile der Interessengruppen an den Gesamtbevölkerungen der einzelnen Regionen mit den entsprechenden Anteilen der Unterschriften zugunsten schutzzöllnerischer Petitionen (Tab. 1, Spalte 4) korreliert (Untersuchungseinheiten sind die in Tab. 2 aufgelisteten Regionen).

Als Meßgröße wurde der Produkt-Moment Korrelationskoeffizient r eingesetzt, der sich im Wertebereich zwischen -1 und $+1$ bewegt. Wäre im gegebenen Fall der Mobilisierungsgrad tendenziell hoch, wenn die Anteile einer Interessengruppe an den regionalen Bevölkerungen relativ gering sind, würden negative Werte gemessen, fallen hohe Bevölkerungsanteile und hohe Mobilisierungsgrade zusammen, ergeben sich positive Werte.

Tabelle 3 Produkt-Moment Korrelationskoeffizienten: regionale Mobilisierungsgrade (in Prozent der Gesamtbevölkerung) / prozentuale Anteile der Interessengruppen an den regionalen Gesamtbevölkerungen

Industrielle	Kaufleute	Landwirte	Handwerker	Arbeiter	Landarbeiter
0.14	0.12	0.27	0.67	0.40	0.24
N (17)	N (17)	N (11)	N (17)	N (17)	N (11)

Tabelle 3 läßt erkennen, daß vor allem in den Zentren kleingewerblicher Produktions- und Besitzverhältnisse, dort wo selbständige Gewerbetreibende relativ hohe Anteile an den Gesamtbevölkerungen stellten, die Schutzzollbewegung große Mobilisierungserfolge erzielte ($r = 0.67$). Weniger deutlich ist eine Konzentration auf Regionen mit hohen Bevölkerungsanteilen gewerblicher Arbeiter ($r = 0.40$).

Der Befund, daß die Mobilisierungserfolge der Schutzzollbewegung in Regionen mit hohen Anteilen selbständiger Gewerbetreibender an der Gesamtbevölkerung am größten waren, sollte vor dem Hintergrund der starken Vertretung dieser Gruppe in den Unterschriftenlisten schutzzöllnerischer Petitionen interpretiert werden²¹. Zu-

²¹ Vgl. Best, Analyse, S. 172. Die Interpretation der ökologischen Korrelationen bedarf noch einer zusätzlichen Erläuterung zur Frage, warum der „Befund, daß die Mobilisierungserfolge der Schutzzollbewegung in Regionen mit hohen Anteilen selbständiger Gewerbetreibender an der Gesamtbevölkerung am größten waren“, vor dem „Hintergrund der starken Vertretung dieser Gruppe in den Unterschriften schutzzöllnerischer Petitionen“ interpretiert werden sollte. Diese Erweiterung des Datenhintergrundes für die folgenden Interpretationen war notwendig, weil sonst ein ökologischer Fehlschluß begangen worden wäre, d. h., Zusammenhänge zwischen politischen und sozialstatistischen Merkmalen, die auf der Ebene von Gebietseinheiten festgestellt wurden, wären so interpretiert worden, als spiegelten sie notwendigerweise und ohne Verzerrungen Zusammenhänge auf der Individualebene wider. Um diesen Fehler zu vermeiden, wurden auch Befunde über die sozialen Merkmale der Unterzeichner von Petitionen, die auf direkter Messung beruhen, in den Erklärungszusammenhang einbezogen. Vgl. Pappi, Franz Urban, Aggregatdatenanalyse, in: Van Koolwijk, Jürgen u. Wieken-Mayser, Maria (Hrsg.), Techniken der empirischen Sozialforschung Bd. 7 (Datenanalyse), München 1977, S. 78 ff.

sammengenommen deuten beide Ergebnisse darauf hin, daß zwischen der schutzzöllnerischen Petitionskampagne und der handwerklichen Protestbewegung gegen den Niedergang traditioneller Wirtschaftsformen ein Zusammenhang in der Weise bestand, daß die Schutzzollagitation ihren Massenerfolg wesentlich durch die Verwertung kleingewerblicher Existenz- und Zukunftsängste erzielte. Für diese Erklärung spricht auch die positive Korrelation zwischen schutzzöllnerischen Mobilisierungserfolgen und Bevölkerungsanteilen gewerblicher Arbeiter ($r = 0.40$), denen mit Handwerksgesellen, Lehrlingen und den in der protoindustriellen Textilproduktion Beschäftigten einige Gruppen zugerechnet werden, die sich ebenfalls durch die Industrialisierung bedroht sahen. Auch die geringe Korrelation zwischen schutzzöllnerischen Mobilisierungserfolgen und den Bevölkerungsanteilen der Industriellen stützt diese Hypothese ($r = 0.14$): Ein hoher Industrialisierungsgrad, für den ein hoher Bevölkerungsanteil des industriellen Bürgertums mit einiger Vorsicht als Indikator gelten kann, war nicht unbedingt ein günstiger Kontext für die Schutzzollbewegung.

Grundsätzlich wird die Vermutung des „Zollvereinsblatts“, daß die regionalen Abweichungen interessenpolitischer Orientierungen auf unterschiedliche sozialstrukturelle Bedingungen zurückzuführen seien, durch den statistischen Befund bestätigt, denn es bestand eine deutliche Abhängigkeit schutzzöllnerischer Mobilisierungserfolge vom sozio-ökonomischen Kontext:

$$\text{multiples } r = 0.73.$$

Dieses Ergebnis wird leichter interpretierbar, wenn wir den Produkt-Moment Korrelationskoeffizienten r in das „Bestimmtheitsmaß“ r^2 transformieren, das die „erklärte Varianz“ in Prozent darstellt:

$$\text{multiples } r^2 = 0.53.$$

Dieser Wert bedeutet, daß die regionale Differenzierung des sozio-ökonomischen Kontexts zu immerhin 53 % die regionalen Unterschiede schutzzöllnerischer Mobilisierungserfolge erklärt. Jedoch bleibt ein nicht unbedeutender unerklärter Rest. Ebenso wenig kann die Konzentration der Freihandelsbewegung auf den nordost-deutschen Küstenraum allein auf sozialstrukturelle Determinanten zurückgeführt werden. So wurde zum Beispiel auch die Landwirtschaft der Provinzen Schlesien und Brandenburg vom Großgrundbesitz geprägt, ohne daß dies Mobilisierungserfolge zugunsten freihändlerischer Forderungen nach sich gezogen hätte²².

²² Für die Notwendigkeit einer Suche nach ergänzenden Erklärungsansätzen kann neben diesen Gründen noch das Phänomen genannt werden, daß bei ökologischen Korrelationen der Korrelationskoeffizient in der Regel mit der Größe der verwendeten Gebietseinheiten wächst. Da bei den hier vorgestellten Untersuchungen aus den angeführten Gründen hoch-aggregierte Daten verwendet wurden, ist zumindest die Gefahr gegeben, daß die ermittelten Korrelationen inflationiert sind. Es empfiehlt sich also auch aus dieser Perspektive eine Erweiterung des Erklärungsansatzes. Vgl. Pappi, Aggregatdatenanalyse, S. 90 ff.

2.3. Die Spaltung des deutschen Marktes als Determinante interessenpolitischer Mobilisierungsprozesse

Hier bietet es sich an, einen Gesichtspunkt miteinzubeziehen, der unter dem Stichwort „Spaltung des deutschen Marktes“ erörtert werden soll. Dieser Begriff beschreibt das Phänomen, daß die Nord- und Ostseeküstenregionen in ähnlich engen Handelsbeziehungen zu England wie zu ihrem deutschen Hinterland standen: Ein agrarisches Nordostdeutschland exportierte seine Überschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach England und deckte dort auch zum Teil seinen Bedarf an Gewerbeprodukten, während die gewerblichen Regionen Mittel-, West- und Südwestdeutschlands europäische Nahrungsmittel und agrarische Rohstoffe zum Teil aus dem Zollausland importieren²³. Ein wichtiger Grund für diese Orientierung lag, neben der Aufnahmebereitschaft des Marktes der führenden Industrienation für deutsche Agrarprodukte, im Kostenvorteil des Seetransports, Die Verschiffung ostpreußischen Flachses nach England kostete 1845 beispielsweise 15 bis 20 Silbergroschen pro Zentner und machte damit 4–6 % des Warenpreises aus. Für die Kunden in den schlesischen Zentren der Verarbeitung kostete der Bezug demgegenüber 1 Taler 15 Silbergroschen bis zu 1 Taler 20 Silbergroschen und verteuerte damit den Flachspreis um 13–14 %²⁴.

Der gleiche Transportkostenvorteil begünstigte in umgekehrter Richtung den Import britischer Industrieerzeugnisse in die Küstenregionen und wirkte hier als ein „Schutzzoll“ zugunsten der britischen und gegen die heimische Produktion. Das galt in besonderem Maße für die gewerblichen Massengüter. Zu Beginn der 1840er Jahre führte der Transportkostenvorteil Nordostdeutschlands beispielsweise dazu, daß der Preis schottischen Koksroheisens in Stettin um 43,2 %, in Berlin um 32,3 %, in Schlesien aber „nur“ noch um 22,3 % unter dem des billigsten schlesischen Koksroheisens lag. Selbst nach der Einführung von Eisenzöllen im Jahr 1844 behielt England seine starke Stellung als Eisenlieferant Norddeutschlands: Im Durchschnitt der Jahre 1845/47 gingen 35 % des zollvereinsländischen Imports von Stabeisen und 23 % des Imports grober Gußwaren in die schwach industrialisierten Ostseeküstenregionen²⁵.

So lange bis die wachsende Konkurrenz überseeischer Anbieter in Agrarprodukten, die zunehmende Binnennachfrage und die Entfaltung eines eigenen Industrierentials die Bedeutung des Handelspartners England minderten, bewirkte die Spaltung des deutschen Marktes eine regionale Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen. Das freihändlerische Postulat der internationalen Arbeitsteilung war für Nord- und Nordostdeutschland aus dieser Perspektive kein Schlagwort, sondern

23 Vgl. dazu ausführlich Borries, Bodo von, Deutschlands Außenhandel 1836 bis 1856. Eine statistische Untersuchung der Frühindustrialisierung, Stuttgart, Phil. Diss. 1970.

24 Vgl. dazu das Protokoll der „Verhandlungen zu Berlin auf dem Königl. Handelsamte, am 31ten März, 1ten und 3ten April 1845“, Bundesarchiv/Fm., VWA 110.

25 Vgl. Nebenius, (Karl Friedrich), Über die Zölle des deutschen Zollvereins zum Schutze der einheimischen Eisenproduktion, Karlsruhe 1842, S. 10.

die Grundlage seiner wirtschaftlichen Existenz. Eine entschlossene Schutzzollpolitik mit der möglichen Folge einer britischen Retorsion gegenüber deutschen Agrarexporten mußte von den nord- und nordostdeutschen Küstenregionen als ernsthafte Bedrohung empfunden werden. Dies gilt um so mehr, als ihre landwirtschaftliche Produktionsstruktur mit der Ausrichtung auf den Weizenanbau an den Bedürfnissen des englischen Marktes orientiert war. In Deutschland wurde dagegen noch vorwiegend Roggen konsumiert²⁶.

Allerdings waren wegen der außerordentlich hohen Kosten des Landtransports schon die küsten- und wasserstraßenfernen Gebiete der Ostseeprovinzen auf dem englischen Getreidemarkt nur noch unter günstigen Bedingungen konkurrenzfähig²⁷. Deshalb orientierte sich hier die Landwirtschaft stärker am Binnenmarkt, während andererseits englische Industrieprodukte, wie Roheisen, und ausländische Genußmittel, wie zum Beispiel französischer Wein, noch einen Transportkostenvorteil genossen. Gegenüber freihändlerischen wie schutzzöllnerischen Forderungen waren diese Regionen relativ indifferent²⁸.

Auch die Zentren der Schutzzollbewegung wurden, da ihre Märkte über den Rhein und die Elbe erreicht werden konnten, von einer kaum durch Transportkosten behinderten Konkurrenz englischer Industriewaren getroffen; dessen Eisenimporte genossen gegenüber den wasserstraßenfernen deutschen Produktionszentren sogar einen Transportkostenvorteil²⁹. Da sich die Regionen des schutzzöllnerischen Kernbereichs andererseits nicht am Agrarexport beteiligen konnten³⁰, wurde dort der Warenaustausch mit einem gewerblich höher entwickelten Handelspartner von den meisten Produzentengruppen ausschließlich als Bedrohung der eigenen Absatzchancen empfunden³¹.

In Südostdeutschland, das erst nach 1850 an das deutsche Eisenbahnnetz angeschlossen wurde und über keine leistungsfähige Wasserstraßenverbindung zur Nordsee verfügte, behinderten die Transportkosten auch den Import englischer Industriewaren und führten zu einer relativen Isolation von den ausländischen Anbietern. Das Engagement für die handelspolitischen Massenbewegungen war dort relativ gering.

Diese nichtlineare Beziehung zwischen dem Faktor „Integration in den nationalen Markt“ und den schutzzöllnerischen bzw. feihändlerischen Mobilisierungsgraden wird durch die folgende hypothetische Verteilung dargestellt. Die Dimension „Binnenmarktorientierung“ entspricht etwa einem Schnitt in nordsüdlicher Richtung durch das Gebiet des Deutschen Bundes (vgl. Karte).

²⁶ Vgl. Bondi, Gerhard, Deutschlands Außenhandel 1815–1870, Berlin 1958, S. 92 ff.

²⁷ Das Zollvereinsblatt, 14 (1847), S. 247.

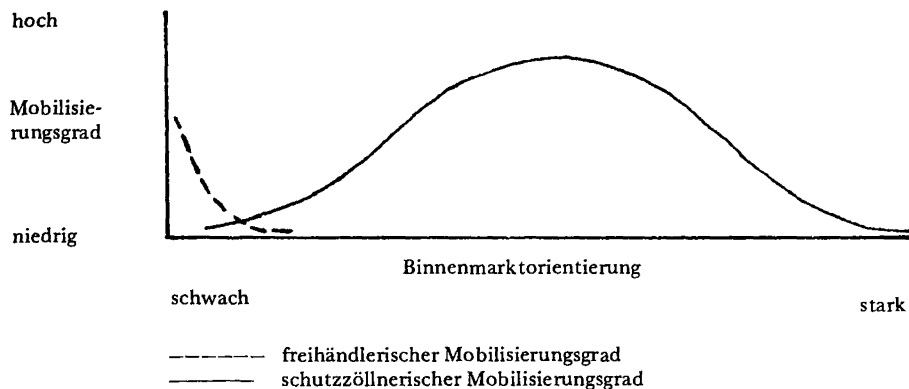
²⁸ Vgl. Tab. 2.

²⁹ Vgl. Anm. 25.

³⁰ Vgl. Borries, Außenhandel.

³¹ Vgl. u. a. Tilly, Nationalismus.

Abb. 2 Der Zusammenhang zwischen Außenhandelsorientierung und Mobilisierungsgrad



Die Spaltung des deutschen Marktes hatte bereits im Vormärz Prozesse politischer Desintegration ausgelöst. So hatten die Provinzialstände West- und Ostpreußens 1845 die Ausgliederung der durch sie vertretenen Regionen aus dem Zollverein gefordert, damit deren besondere Abhängigkeit vom Außenhandel berücksichtigt werden könne³².

2.4. Verbandspolitische „Infrastrukturen“ und interessenpolitische Mobilisierungsprozesse

Ein weiterer Ansatz zur Erklärung der regionalen Differenzierung schutzzöllnerischer und freihändlerischer Mobilisierungserfolge berücksichtigt den unterschiedlichen Entwicklungsstand wirtschaftlicher Interessenorganisationen in den Einzelstaaten und in den Provinzen Preußens. Das schutzzöllnerische Lager hatte im Verlauf der 1840er Jahre vor allem in Süd-, West- und Mitteldeutschland verbandspolitische Infrastrukturen aufbauen können. Im Kgr. Sachsen wirkte ein Industrieverein, dessen Gründungsgeschichte bis in das Jahr 1828 zurückreicht, in Württemberg wurde 1841 ein Fabrikantenverein, in Baden im gleichen Jahr ein Industrieverein gegründet. In Nassau und in der Rheinprovinz entstanden 1844 und 1847 Gewerbevereine, die beide das Ziel verfolgten, eine Schutzzollpolitik durchzusetzen. In den Thüringischen Staaten wurde 1848 unter den gleichen Vorzeichen ein Industrieverein gegründet³³. Ein Vergleich des Verbreitungsgebiets regionaler schutzzöllnerischer Interessenorganisationen mit den Werten von Tab. 1 läßt erkennen, daß dort, wo ein leistungsfähiges Verbandswesen bestand oder in den Jahren 1848/49 aufge-

³² Das Zollvereinsblatt, 15 (1845), S. 243 ff.

³³ Vgl. dazu demnächst Best, Interessenkonflikte.

baut wurde (Württemberg, Baden, Kgr. Sachsen, Thüringische Staaten, Nassau, Rheinprovinz), die Schutzzollbewegung überdurchschnittliche Mobilisierungserfolge erzielte. Die Tatsache, daß auch Franken, die Pfalz und Hessen-Darmstadt, wo diese Voraussetzung nicht zutraf, zum Kernbereich der schutzzöllnerischen Petitionsbewegung gehörten, widerlegt die Annahme eines Zusammenhangs nicht: In diesen Regionen kam die Mehrzahl der Unterschriften von Weinbauern, die vor allem über das landwirtschaftliche Vereinswesen mobilisiert wurden³⁴. Auf der anderen Seite waren die Industriellen in den Provinzen Brandenburg, und Sachsen, wo trotz eines relativ hohen gewerblichen Entwicklungsstandes nur vereinzelte schutzzöllnerische Petitionen unterzeichnet wurden, bei traditionellen Formen korporativer wirtschaftlicher Interessenvertretung stehengeblieben³⁵.

Auf freihändlerischer Seite bestand ebenfalls ein Zusammenhang zwischen regionalem Mobilisierungserfolg und dem Aufbau einer interessenpolitischen „Infrastruktur“: Mecklenburg, das einzige Gebiet, in dem sich über 1 % der Gesamtbevölkerung an freihändlerischen Petitionen beteiligte, war auch der einzige Fall, in dem es zu einer regionalen Kooperation kaufmännischer Standesorganisation kam³⁶.

Es bleibt festzuhalten, daß erst ein Erklärungsmodell, das regionale Unterschiede von Wirtschafts- und Sozialstrukturen, der Außenhandelsbeziehungen und des Entwicklungsstandes wirtschaftlicher Interessenverbände einbezieht, die komplexen Entstehungsbedingungen sektionaler interessenpolitischer Konfliktlinien im frühindustriellen Deutschland aufzudecken vermag. Die Annahme liegt nahe, daß die klare sektionale Spaltung in ein freihändlerisches und ein schutzzöllnerisches Lager den Prozeß der wirtschaftlichen Integration Deutschlands behinderte; ein möglicher Zusammenhang, der im folgenden Abschnitt näher untersucht werden soll.

3. Die regionale Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen als Determinante politischer Entscheidungsprozesse

Die Beobachtung einer ausgeprägten regionalen Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen im Bereich der handelspolitischen Massenbewegung führt zu der Frage, ob dieses Phänomen auch auf der Ebene des politischen Entscheidungshandelns nachgewiesen werden kann. Als gegebenes Untersuchungsobjekt für diese

³⁴ Ebd.

³⁵ Vgl. Kaelble, Hartmut, Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß, Berlin u. New York 1972, S. 240 ff.

³⁶ Die freihändlerische Petitionsbewegung in Mecklenburg wurde durch einen Kongreß von 61 „Abgeordneten des Handelsstandes sämtlicher Städte beider Mecklenburg“ eingeleitet und koordiniert.

Problemstellung bietet sich die Hauptadressatin der Petitionsbewegung, die Frankfurter Nationalversammlung, an. Die gewählte Forschungsperspektive eröffnet zudem die Möglichkeit, einige traditionelle Lehrmeinungen über die Funktionsweise des deutschen Frühparlamentarismus zu überprüfen, wie z. B. die Vorstellung, daß die Abgeordneten der Nationalversammlung ihre Entscheidungen weitgehend abgelöst von den mannigfaltigen materiellen Wünschen und Beschwerden der Bevölkerung getroffen hätten; eine Behauptung, die häufig mit wertenden Akzenten versehen wird und in dem von Carl Schmitt vertretenen Konzept eines interessenhomogenen Frühparlamentarismus verallgemeinert wurde³⁷. Demgegenüber gibt es eine Reihe von Anzeichen dafür, daß die Frankfurter Nationalversammlung keineswegs von den Einflußversuchen einer partizipationsbereiten Bevölkerung abgeschottet war, sondern daß sich das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten durchaus an den vorherrschenden interessenpolitischen Orientierungen in ihren Herkunftsregionen ausrichtete³⁸. Bei der Überprüfung dieser Gegenthese zu den traditionellen Interpretationsmustern muß freilich berücksichtigt werden, daß mit den nationalen handelspolitischen Interessenorganisationen intermediäre Instanzen entstanden waren, die sich zwischen Parlament und „Publikum“ schoben und möglicherweise die Entscheidungsprozesse in der Paulskirche beeinflussten. Ferner ist es denkbar, daß sich das Handeln der Abgeordneten unmittelbar an den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ihrer Herkunftsregionen orientierte, ohne daß sie von der plebiszitären Artikulation interessenpolitischer Forderungen oder von lobbyistischen Aktivitäten beeindruckt gewesen wären.

Unter Beschränkung auf die drei Determinanten Sozial- und Wirtschaftsstruktur, kollektive interessenpolitische Orientierungen, verbandspolitische Aktivitäten, läßt sich folgendes (hypothetische) Kausalmodell (interessen-)politischer Handlungsabläufe konstruieren:

- Regionale Unterschiede der Sozial- und Wirtschaftsstruktur beeinflussen die Intensität interessenpolitischer Mobilisierungsprozesse (dieser Zusammenhang wurde in Kap. 2.2. bereits bestätigt), die Intensität verbandspolitischen Engagements und das parlamentarische Entscheidungshandeln.
- Regionale Unterschiede der Intensität kollektiver interessenpolitischer Mobilisierung beeinflussen das verbandspolitische Engagement³⁹ und das parlamentarische Entscheidungshandeln.

³⁷ Vgl. z. B. Schmitts Verfassungslehre, München u. Leipzig 1923, S. 311. Hans Rothfels behauptet für die Frankfurter Nationalversammlung die „Abwesenheit jeder ‚Lobby‘ oder ‚pressure-group‘ oder der Vertreter rein materieller Interessen“, 1848 – Betrachtungen im Abstand von hundert Jahren, engl. zuerst 1948, deutsch Darmstadt 1972, S. 42.

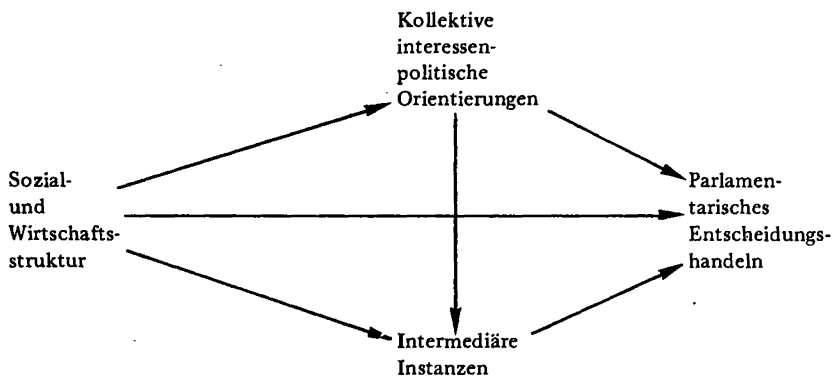
³⁸ Vgl. dazu bereits Pahl, Hamburg.

³⁹ Gegen die hier vorgeschlagene Richtung der Abhängigkeit von verbandspolischem Engagement und Mobilisierungsgrad kann eingewendet werden, daß es durchaus denkbar und in anderen Fällen nachweisbar ist, daß kollektive interessenpolitische Orientierungen von intermediären Instanzen erzeugt werden, die Beziehung also in umgekehrter Weise funktioniert. Tatsächlich wird an anderer Stelle des Aufsatzes auf die Bedeutung verbandspoliti-

– Regionale Unterschiede verbandspolitischer Aktivitäten beeinflussen das parlamentarische Entscheidungshandeln.

Dieses Kausalmodell ist in Abb. 3 graphisch dargestellt. Die Richtung der Pfeile zeigt die Richtung der (möglichen) Einflußwege an. Parlamentsinterne Determinanten politischer Entscheidungsprozesse, wie z. B. fraktionelle Loyalitäten, wurden bewußt ausgeklammert.

Abb. 3 Kausalmodell (interessen-)politischen Entscheidungshandelns



scher Infrastrukturen für die Mobilisierungserfolge von Freihandels- und Schutzzollbewegung verwiesen. Zu diesem möglichen Einwand läßt sich folgendes bemerken:

1. Das Modell erfaßt nur die intermediären Instanzen auf nationaler Ebene. Rein lokale und regionale Initiativen werden in diesem Fall ausgeklammert (zur Begründung vgl. Anm. 42).

2. Um die Richtung einer Kausalbeziehung zu bestimmen, ist der zeitliche Ablauf von großer Bedeutung: Die Folge kann zeitlich nicht vor der Ursache liegen. Im vorliegenden Fall hatte die handelspolitische Massenbewegung bereits vor Gründung der *nationalen* Interessenorganisation eingesetzt.

3. Die z. T. sehr intensiven Bemühungen von Schutzzoll- und Freihandelsorganisationen, ihre Mobilisierungskampagnen über die jeweiligen Kernbereiche auszudehnen, waren nicht erfolgreich. Ihnen gelang es lediglich, vorhandene interessenpolitische Potentiale zu bündeln und ihnen zur Artikulation zu verhelfen (vgl. Best, Interessenkonflikte).

4. Der Mobilisierungsgrad ist deutlich abhängig vom sozio-ökonomischen Kontext, während die Beziehung zwischen sozio-ökonomischem Kontext und verbandspolitischem Engagement negativ ist. Auch dieser Befund spricht dafür, daß der Mobilisierungsgrad tendenziell die Intensität genuiner Interessen und nicht den Erfolg verbandspolitischer Initiativen mißt (vgl. Abb. 4).

5. Schließlich ist es für die zentralen Ergebnisse der im folgenden vorgestellten Pfadanalyse letztlich irrelevant, welche Richtung die fragliche Kausalbeziehung hat. Auch unter der alternativen Modellannahme würde sich an der Stellung der intermediären Instanzen zum parlamentarischen Entscheidungsprozeß und an der engen Beziehung zwischen Mobilisierungsgrad und parlamentarischem Entscheidungshandeln nichts ändern.

Um die Gültigkeit des in Abb. 3 dargestellten Modells zu überprüfen, müssen die drei genannten Determinanten parlamentarischer Entscheidungsprozesse wie auch die abhängige Variable (parlamentarisches Entscheidungshandeln) in vergleichbare Meßgrößen mit angemessener Indikatorenqualität übersetzt werden.

Für die Variable „kollektive interessenpolitische Orientierungen“ ist dies bereits geschehen: Mit dem in Kap. 2.1. erörterten „Mobilisierungsgrad“ (MG) wurde ein Index entwickelt, der, wie wir meinen, geeignet ist, regionale Unterschiede des interessenpolitischen Engagements in der Bevölkerung anzuzeigen.

Die regionale Differenzierung der Wirtschafts- und Sozialstruktur wurde in Kap. 2.2. durch ein Bündel von sechs Variablen dargestellt, wobei die Prozentanteile sozioökonomischer Interessengruppen an den Gesamtbevölkerungen der territorialen Einheiten als Indizes verwendet wurden. Da es bei der Überprüfung des vorgeschlagenen Kausalmodells politischer Handlungsabläufe einige statistische und interpretative Probleme aufwerfen würde, wenn das gesamte Variablenbündel in die Analyse miteinbezogen würde, ist es sinnvoll, ein für die untersuchten interessenpolitischen Phänomene besonders relevantes Strukturmerkmal als Meßgröße zu verwenden. Hier bietet sich der „Anteil selbständiger Gewerbetreibender an der Gesamtbevölkerung“ (ASG) an, der, wie wir in Kap. 2.2. gezeigt haben, deutlich mit dem schutzzöllnerischen Mobilisierungsgrad korreliert.

Um die Intensität verbandspolitischer Aktivitäten zu messen, kann auf eine Quelle zurückgegriffen werden, die im Verlauf der bisherigen Erörterungen noch nicht vorgestellt wurde. Es handelt sich um das Protokoll der zweiten Generalversammlung des „Allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ vom April 1849, das über die regionale Zusammensetzung der Teilnehmer dieser Veranstaltung Auskunft gibt⁴⁰. Untersuchungen zur Formierung der interessenpolitischen Führungsgruppe der Schutzzollbewegung, die an anderem Ort demnächst ausführlicher dargestellt werden⁴¹, zeigen, daß in der Rekrutierung der hundert Teilnehmer dieser Versammlung tendenziell die regionalen Unterschiede verbandspolitischen Engagements (für schutzzöllnerische Ziele) zum Ausdruck kommen. Aus der Zahl der Teilnehmer je Region, gewichtet mit der jeweiligen Bevölkerungszahl, kann somit ein „Index verbandspolitischen Engagements“ (IVE) gewonnen werden⁴².

⁴⁰ Verhandlungen der zweiten Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit gehalten zu Frankfurt a. M. vom 10. bis 13. April 1849. Herausgegeben vom Engeren Ausschuß, Darmstadt 1849, S. 2 f.

⁴¹ Best, Interessenkonflikte.

⁴² Die Entscheidung, die Auswirkungen der regionalen Unterschiede verbandspolitischen Engagements auf das parlamentarische Entscheidungshandeln nur mit Blick auf den nationalen Schutzzollverband zu untersuchen und regionale Initiativen auszuklammern läßt sich durch zwei Gründe rechtfertigen: 1. Der nationale Schutzzollverband war als einziger in der Lage, direkt und kontinuierlich lobbyistische Aktivitäten auszuüben und so auf das Parlament einzuwirken. Da ja letztlich nicht statistische, sondern konkrete politische Beziehungen untersucht werden sollen, ist die verbandspolitische Präsenz am Ort der Nationalversammlung ein wichtiges Kriterium für die Auswahl des Untersuchungsobjekts. 2. Wie schon im Text erwähnt, spiegeln sich in der Zusammensetzung der Führungsgruppe des ADV die regionalen Unterschiede verbandspolitischen Engagements.

Es liegt nahe, die interessenpolitischen Orientierungen und Präferenzen der Abgeordneten der Nationalversammlung anhand ihres Abstimmungsverhaltens zu identifizieren. Dem steht jedoch entgegen, daß in der Paulskirche die Schutzzollfrage nie direkt zur Entscheidung gestellt wurde. Um das interessenpolitische Engagement der Abgeordneten zu bestimmen, muß deshalb zumindest nach *einer* Entscheidung gesucht werden, die von der Bevölkerung, den verbandspolitischen Repräsentanten und den Parlamentariern selbst als indirekte Stellungnahme zu der handelspolitischen Kontroverse bewertet wurde. Ein solcher Topos war die Abstimmung über den Antrag einer Minorität des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, die forderte, die „kommerzielle Einheit Deutschlands“ durch ein Gesetz der Nationalversammlung beschließen zu lassen. Dieser Vorstoß war von einer Abgeordnetengruppe ausgegangen, die den „harten Kern“ der Schutzzöllner in der Paulskirche bildete und deren Mitglieder überwiegend dem „Allgemeinen deutschen Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ angehörten⁴³. Die auf den ersten Blick „rein“ politische Entscheidung hatte erhebliche interessenpolitische Implikationen, da die protektionistische Gruppe darauf spekulierte, daß mit der dekretierten wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands den nicht zum Zollverein gehörigen Küstenstaaten eine schutzzöllnerische Handelspolitik aufoktroiert werden könne. Die verbandspolitischen Exponenten von Schutzzoll- und Freihandelsbewegung entfalteten deshalb im Vorfeld der Abstimmungen intensive lobbyistische Aktivitäten, von beiden Seiten wurde ein „Petitionensturm“ mit Stellungnahmen zu der Entscheidung entfacht, der allein im Kgr. Sachsen 80 000 Unterschriften mobilisierte. Unter diesen Voraussetzungen erscheint es legitim, die Zahl der Stimmen für den Antrag der Minorität des Volkswirtschaftlichen Ausschusses je Region, gewichtet mit den jeweiligen Bevölkerungszahlen, als „Index interessenpolitischen (= schutzzöllnerischen) Engagements der Abgeordneten“ (IIEA) zu interpretieren.

Die vier Indizes „Anteil selbständiger Gewerbetreibender“ (ASG), „Mobilisierungsgrad“ (MG), „Index verbandspolitischen Engagements“ (IVE) und „Index interessenpolitischen Engagements der Abgeordneten“ (IIEA) werden für die 17 Regionen des Untersuchungsgebiets gebildet, über die Daten zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur vorliegen. In diesem Raum lebten 86,8 % der nichtösterreichischen Bevölkerung Deutschlands, aus ihm kamen 91 % aller handelspolitischen Petitionen, 86 % der verbandspolitischen Führungsgruppe der Schutzzollbewegung und 92,5 % der nichtösterreichischen Stimmen für das Minoritätsgutachten des Volkswirtschaftlichen Ausschusses. Mit Hilfe der vier Indikatoren soll im nächsten Schritt die Gültigkeit des in Abb. 3 dargestellten Kausalmodells (interessen-)politischer Handlungsabläufe empirisch überprüft werden.

Als geeignetes Verfahren bietet sich die Pfadanalyse an, „a method of decomposing and interpreting linear relationships among a set of variables by assuming that (1) a (weak) causal order among these variables is known and (2) the relationships among the variables are causally closed“⁴⁴. Die statistische Maßzahl, die zur Bestimmung der Beziehungen zwischen den solcherart zu einem Kausalmodell verbunde-

43 Best, Interessenkonflikte.

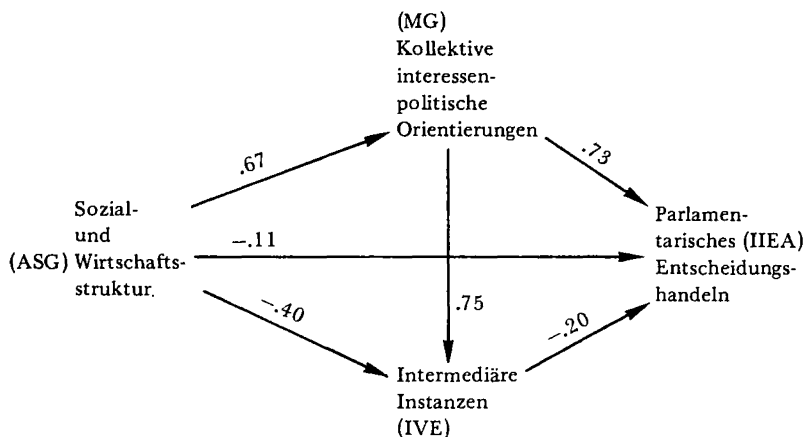
nen Variablen eingesetzt wird, ist der Pfadkoeffizient p , der im allgemeinen durch den standardisierten Regressionskoeffizienten dargestellt wird. p , der im Wertebereich zwischen +1 und -1 variiert, mißt den Teil der Standardabweichung der abhängigen Variablen, für den die unabhängige Variable *direkt* verantwortlich ist, wenn alle anderen Variablen konstant gehalten werden. Er wird als Maß direkter Kausalabhängigkeit zwischen zwei Variablen interpretiert.

Das in Abb. 3 dargestellte Modell interessenpolitischer Handlungsabläufe entspricht in seinem Aufbau den im Zitat genannten Voraussetzungen für eine Pfadanalyse. Die Pfadkoeffizienten wurden mit Hilfe des Programmpaketes SPSS durch folgende Regressionsanalysen gewonnen:

Abhängige Variable		Unabhängige Variable(n)
IIEA	mit	ASG, MG, IVE
IVE	mit	ASG, MG
MG	mit	ASG

Ordnet man die Pfadkoeffizienten den bivarianten Beziehungen des Modells zu, ergibt sich folgendes Bild:

Abb. 4 Pfadanalyse des Kausalmodells (interessen-)politischen Entscheidungshandelns



Die in Abb. 4 dargestellten Ergebnisse der Pfadanalyse lassen sich wie folgt zusammenfassen und interpretieren:

— Die kollektive Artikulation wirtschaftlicher Interessen, wie sie in der handelspolitischen Petitionsbewegung dokumentiert wird, hatte deutliche Auswirkungen auf

44 Kim, Jae-On u. Kohout, Frank J., Special Topics in General Linear Models, in: Nie u. a. (Hrsg.), SPSS. Statistical Package for the Social Sciences, 2. Aufl., New York 1975, S. 383. Eine konzise Darstellung der Pfadanalyse gibt Land, Kenneth C., Principles of Path Analysis, in: Borgatta, Edgar F. (Hrsg.), Sociological Methodology 1969, San Francisco 1969, S. 3–37. Eine deutschsprachige Einführung gibt Weede, Erich, Zur Methodik der kausalen Abhängigkeitsanalyse (Pfadanalyse) in der nichtexperimentellen Forschung, in: KZfSS, 22 (1970), S. 532–550.

das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten in der Paulskirche. Dieser Befund widerspricht zumindest für den untersuchten Fall der These, daß die Entscheidungen in der Nationalversammlung weitgehend abgelöst von den materiellen Wünschen und Beschwerden der Bevölkerung getroffen worden seien.

- Demgegenüber hatten regionale Abweichungen der Intensität verbandspolitischer Aktivitäten keine direkten Auswirkungen auf das interessenpolitische Engagement der Abgeordneten. Es ist sogar eine leicht negative Beziehung feststellbar. Dieser Befund läßt erkennen, daß es der schutzzöllnerischen Interessenorganisation nicht gelang, verbandspolitisches Engagement direkt und proportional in parlamentarisches Entscheidungshandeln umzusetzen. Eine „intermediäre“ Funktion in diesem Sinne hat der „Allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ also nicht ausüben können, obwohl andererseits eine deutliche Abhängigkeit verbandspolitischen Engagements vom Mobilisierungsgrad bestand.
- Parlamentarisches Entscheidungshandeln reflektierte im gegebenen Fall nicht direkt die regionale Differenzierung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur. Die Abgeordneten berücksichtigten in ihrem Stimmverhalten unmittelbar nur die kollektive Artikulation interessenpolitischer Forderungen und nicht die dahinterstehenden Strukturverhältnisse.

Es sei jedoch noch einmal darauf hingewiesen, daß p nur *direkte* Kausalbeziehungen mißt, während die Daten vermuten lassen, daß zwischen den Variablen auch ausgeprägte *indirekte* Abhängigkeiten bestanden. So deutet der Befund, daß MG deutlich von ASG, und IIEA deutlich von MG abhängt, darauf hin, daß regionale Unterschiede der Wirtschafts- und Sozialstruktur vermittelt durch die handelspolitische Massenbewegung indirekt auf das Abstimmungsverhalten in der Paulskirche einwirkten. Um solche Beziehungen aufzudecken, ist es notwendig, eine vollständige Kausalanalyse der Abhängigkeiten innerhalb des Modells durchzuführen, wobei wir den „Linear-Kausaleffekt-Koeffizienten“ c gewinnen können, der die Wirkung der Kombination von indirekten und direkten Kausaleffekten mißt. Die Auflösung der Kausaleffekte innerhalb des vorgeschlagenen 4-Variablenmodells ergibt folgendes Bild⁴⁵:

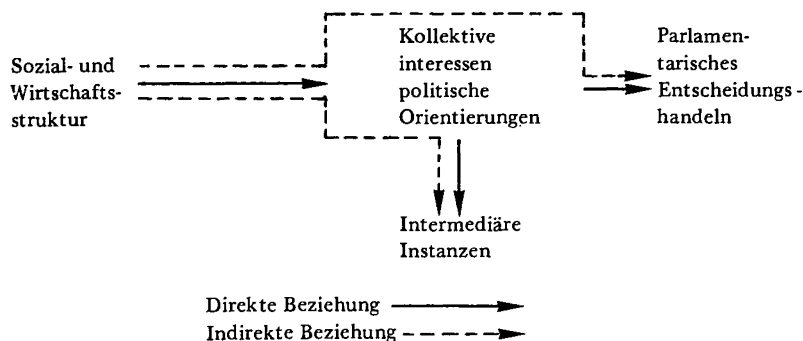
Tabelle 4 Vollständige Kausalanalyse des 4-Variablenmodells

	Kausale Komponente				
	Totale Kovarianz	direkt	indirekt	total	nichtkausale Komponente
Bivariate Beziehungen	r	p	c-p	c	r-c
MG/ASG	.6698	.6698	—	.6698	—
IVE/ASG	.1078	-.3973	.5052	.1078	—
IIEA/ASG	.3577	-.1099	.4676	.3577	—
IVE/MG	.4880	.7542	—	.7542	-.2662
IIEA/MG	.5600	.7298	-.1437	.5861	-.0261
IIEA/IVE	.1417	-.1972	—	-.1972	.3442

Tab. 4 bestätigt die Vermutung einer indirekten Abhängigkeit des Abstimmungsverhaltens von sozio-ökonomischen Strukturverhältnissen ($c-p = .4676$), die im Rahmen unseres Modells nur durch die „vermittelnde“ Wirkung kollektiver Interessenartikulation in der Petitionsbewegung erklärt werden kann. Die gleiche indirekte Beziehung, vermittelt durch MG, besteht auch zwischen IVE und ASG ($c-p = .5052$), während die Abhängigkeit zwischen IIEA und MG nur unwesentlich von einer indirekten Kausalkomponente beeinflußt wird. Hier wirkt offensichtlich IVE als intervenierende Variable ein.

Die empirische Überprüfung des in Abb. 3 vorgeschlagenen Kausalmodells (interessen-)politischer Handlungsabläufe macht also einige Modifikationen notwendig, die im wesentlichen darin bestehen, die Komponente der verbandspolitischen Einwirkung auszuschneiden und nur noch eine indirekte Abhängigkeit parlamentarischen Entscheidungshandelns von strukturellen Determinanten vorzusehen.

Abb. 5 Revidiertes Kausalmodell (interessen-)politischen Entscheidungshandelns



Zusammenfassend kann folgendes festgehalten werden: Die Befunde lassen erkennen, daß der „Allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ bei der Abstimmung über das Minoritätsgutachten des Volkswirtschaftlichen Ausschusses nicht als „Transmissionsriemen“ zwischen Massenbewegung und Parlament fungiert hat und seine verbandspolitischen Erfolge nicht proportional in politisches Entscheidungshandeln umsetzen konnte. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß gegenwartsbezogene Vorstellungen über die politische Funktion von Wirtschaftsverbänden nicht ungeprüft auf die Verhältnisse des „embryonischen Bundesstaats“ der Jahre 1848/49 angewendet werden sollten. Es gibt zugleich einen Hinweis auf die Gründe für die letzte Erfolglosigkeit schutzzöllnerischer Interessenpolitik im Frankfurter Parlament.

Zugleich wurde deutlich, daß die Vorstellung von einem interessenfernen deutschen Frühparlamentarismus im allgemeinen und von der „Volksferne“ der Frank-

⁴⁵ Die Auflösung der Kausalkomponente folgt der „General Decomposition Table“ von Kim und Kohout, Topics, S. 389.

furter Nationalversammlung im besonderen überprüft werden sollte. Parlamentarisches Entscheidungsverfahren war zumindest im untersuchten Fall deutlich abhängig von der regionalen Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen und reflektierte indirekt die Unterschiede sozio-ökonomischer Strukturverhältnisse. Der Grund für die enge Beziehung zwischen Mobilisierungsgrad und interessenpolitischem Engagement der parlamentarischen Akteure mag in dem revolutionären Kontext der Jahre 1848/49 liegen: Der plebiszitäre Druck auf die Abgeordneten ging bis zum Versuch der Ausübung des imperativen Mandats und veranlaßte manche von ihnen, interessenpolitische Positionen zu verfolgen, denen sie ursprünglich zumindest indifferent gegenübergestanden hatten⁴⁶. Dieses Phänomen scheint den Effekt lobbyistischer Aktivitäten überlagert zu haben.

Der Befund, daß sich die interessenpolitischen Konfliktlinien, die auf der Ebene der handelspolitischen Massenbewegung aufgedeckt wurden, in die Nationalversammlung fortsetzten, stützt die Annahme, daß die sektionale Spaltung in ein freihändlerisches und ein schutzzöllnerisches Lager den Prozeß der wirtschaftlichen Integration Deutschlands beeinflusste. Diese Konsequenz trat im übrigen auch auf sehr unmittelbare Weise zu Tage: Das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der Minorität des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Zurückweisung des schutzzöllnerischen Vorstoßes, hatte zur Folge, daß die Frankfurter Nationalversammlung ihre Initiative auf dem Feld der wirtschaftlichen Integration an die Einzelstaaten verlor und die Chance vergab, die wirtschaftliche Einheit als *fait accompli* durchzusetzen.

Summary: Regional Differentiation of Pressure-Group Politics in Early Industrial Germany. Causes and Effects on Processes of Political Decision-Making

This contribution investigates problems of regional differentiation and integration with regard to collective political orientation and processes of participation. At the centre of the argument will be the question of the conditions for the success of mass movements by pressure-group politics and of the effects the pressure of opinion had on processes of parliamentary decision-making.

The data basis of this study is constituted by the 3 775 petitions concerning customs policy which were sent to the Frankfurt National Assembly in the years 1848 and 1849 and which were signed by approximately 397 000 persons. Demands for protective duties and comparable measures mobilized 372 000 signatures, whereas the paroles for Free Trade were supported by only approximately 21 000 petitioners (the rest falls to the share of petitions indifferent to tariff protection).

⁴⁶ Vgl. Deutsche Handelszeitung, 1 (1849), S. 3.

These manifestations of trade interests are of particular relevance for the analysis of regional conflicts in distribution, since in the nineteenth century economists, journalists and pressure-groups considered customs duties to be the most effective instruments of state economic policy.

The first step of the investigation is the identification of a "map of pressure-group politics" of early industrial Germany. For this purpose, the region of investigation, the German Confederation within the boundaries of 1848–1851, is divided into 26 territorial units. These are based on the boundaries of the single states and those of the provinces of the Kingdoms of Prussia and Bavaria, which are subdivided for the purposes of my analysis. For each of these regions a "degree of mobilization" is calculated to obtain a statistic of the collective engagement of pressure-group activity. This index is formed by the percentage share of the number of signatures on free trade or protectionistic petitions in the population figures of the 26 regional units. On this basis it is possible to perceive in broad outlines a division of the "map of pressure-group politics" in Germany into four continuous sections: in the North-East German coastal areas (Mecklenburg, Prussian Baltic coast) a belt of free trade; in North-West and the northern part of Mid-Germany (Westphalia, Hanover, Prussian Saxony and Brandenburg) a belt with a small degree of mobilization for protectionists as well as free traders; in West, South-West and the northern part of Mid-Germany (the Rhine Province, Nassau, the Palatinate, Hessen-Darmstadt, Baden, Württemberg, Franconia, Thuringia, Kingdom of Saxony) the central area of the protection movement; and, finally, in Old Bavaria and in the parts of the Austrian Empire belonging to the German Confederation again a belt of indifference (cf. table 1 and fig. 1).

The following investigation outlines in several steps a model for the interpretation of the phenomenon of regional (sectional) differentiation of pressure-group political orientation.

As initial hypothesis a connection between the socio-economic context and the (protectionist) degree of mobilization will be assumed. The differentiation of the economic and social structure is to be surveyed by a bundle of six indices which represent the percentage share the socio-economic pressure-groups (industrial bourgeoisie, independent handicraftsmen, industrial workers, merchants, independent farmers, agricultural workers) had in the total population of the regional units. A correlation analysis shows a distinct dependence of the degree of mobilization on the socio-economic context: multiple $r = 0.73$. Of particular significance is a connection between the share of independent craftsmen and the degree of protectionist mobilization: $r = 0.67$. After an incorporation of further information about the social category of the individual signators, this fact can be interpreted as an indication of the connection between the protection movement and the protest movement of craftsmen against the decline of traditional forms of commerce.

A further approach towards an interpretation of the different orientation of pressure-group politics is the "splitting of the German market", the phenomenon that different parts of Germany were connected to foreign trade to a different extent and in a particular way. One can distinguish four belts of interest:

- the coastal areas of the North Sea and the Baltic regions, which were able to continuously export a surplus of agricultural products to England and thus covered their demand for imported manufactured products. This exchange was favoured by low transport costs compared to the trade with a hinterland more distant from the coast (belt I);
- the regions of North and North-East Germany farther from the coast and water-ways, which were competitive on the English corn market only under favourable conditions. Nevertheless, in these regions industrial mass products from England and foreign semi-luxuries still found a small comparative advantage in transport costs (belt II);
- the inland areas opened up by water-ways and railways, which were unable to take part in the agrarian export. On the other hand, they were affected by a competition from English industrial goods whose trade was hardly impeded by transport costs (belt III);
- the areas of South-East Germany not connected with the North Sea coast by water-ways and/or railways, they were isolated from foreign markets by high transport costs (belt IV).

These four belts of different foreign trade connections largely correspond with the four sections of the "map of pressure-group politics" of early industrial Germany. Thus distinct and plausible interrelations between foreign trade orientation and collective pressure-group politics engagement can be distinguished (cf. fig. 2):

- belt I — free-trading
- belt II — indifferent
- belt III — protectionist
- belt IV — indifferent.

A further approach to an interpretation of the regional deviations of protectionist and free-trading successes in the mobilization of signatures considers the different states of development of pressure-group organizations in the individual states and the provinces of Prussia. It can indeed be observed that the protectionist movement achieved above-average successes in mobilization where it was provided with an efficient body of association dating from the period before March 1848, or where it was able to establish such an organization in 1848 (Württemberg, Baden, the Kingdom of Saxony, the Thuringian states, Nassau, the Rhine-Province). In contrast, pressure-groups in the provinces of Brandenburg and Saxony (where despite a high degree of economic development only few petitions for protection were signed) had stagnated within traditional forms of corporative economic interest representation.

In the areas of free-trade interests one also finds a connection between regional success in mobilization and the establishment of an "infrastructure" orientated towards pressure-group politics: Mecklenburg, the only region where more than 1 % of the total population participated in petitions for free trade, represented also the only case of a regional co-operation of merchants.

It remains to be noted that only a model which includes regional differences in economic and social structures, in the orientation towards foreign trade and in the

state of development of economic pressure-group organization as explanatory variables is suitable to reveal the complex conditions for the development of lines of sectional conflict of the pressure-group politics in early industrial Germany.

In a final step of the investigation the effects of a differentiation in the orientation of pressure-group politics on processes of parliamentary decision-making in the Frankfurt National Assembly are to be analysed. Its purpose is the scrutiny and, if indicated, the modification of several traditional accepted opinions about the functioning of early German parliamentarianism; for example, the assumption that representatives of the National Assembly made their decisions to a large extent with disregard for the manifold material wishes and complaints of the population, or, that national pressure-groups *eo ipso* operated as a "transmission belt" between population and parliamentarians. These systems of political relations are investigated by means of "path analysis". Its results (cf. fig. 4) can be summarized and interpreted as follows:

- The collective articulation of economic interests as they manifested themselves in the mass movement of commercial petitions considerably affected the voting of the representatives at the Frankfurt National Assembly. At least in this instance, this result refutes the assertion that decisions in the National Assembly were made to a large extent with a disregard for the material wishes and complaints of the population.
- In contrast to this finding, regional deviations in the intensity of lobbyistic activities had no direct effect on the decisions of the representatives. One can even register a slightly negative relation. This result indicates that organized protectionist pressure-group did not succeed in translating lobbyistic commitment directly and proportionately into parliamentary decision. Thus, the „Allgemeine deutsche Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit“ (the "General Association for the Protection of Patriotic Labour") was not able to exercise an "intermediary" function in this sense, although, on the other hand, there was a distinct dependence of lobbyistic commitments on the degree of mobilization.
- Parliamentary decision in a given case did not directly reflect the regional differentiation of the social and economic structure. In their voting behaviour representatives considered directly only the collective articulation of pressure-group claims and not the underlying structural conditions. In opposition to this, however, it is possible to show a distinct *indirect* dependence: regional differences of the economic and social structure affected the voting behaviour of the representatives of the Frankfurt National Assembly through the mass movement of tariff or free trade petitions.

Kommentar: Rolf Horst Dumke

Bests Aufsatz ist eine beeindruckende Auswertung sehr interessanten Quellenmaterials: 3 775 handelspolitische Petitionen an die Frankfurter Nationalversammlung mit insgesamt ca. 397 000 Unterzeichnern.

Um eine Rangordnung von „interessenpolitischer Orientierung“ oder „Mobilisierungsgraden“ als konzeptionelle und quantitative Grundeinheit zu erhalten, wird Deutschland in 26 Regionen aufgeteilt. Der Verfasser versucht einerseits, die hierdurch offenbarte handelspolitische Interessenlandkarte durch die unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen der Regionen zu erklären und festzustellen, ob die regional unterschiedlichen Organisationsgrade der handelspolitischen Verbände den Mobilisierungsgrad beeinflussen. Andererseits verfolgt er einen wesentlich anspruchsvolleren Ansatz: Der Mobilisierungsgrad, das verbandspolitische Engagement und die Sozial- und Wirtschaftsstruktur werden als Co-Determinanten politischer Entscheidungsprozesse — hier parlamentarisches Handeln im Frankfurter Parlament — in einem Kausalmodell verknüpft. Dieser Ansatz, mag er überzeugen oder nicht, ist zugleich gekennzeichnet durch die interessante Anwendung einer statistischen Methode, der Pfadanalyse. Es muß weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben zu prüfen, ob die eher schmale Datenbasis über „Verbandspolitisches Engagement“ oder aber die Benutzung nur einer Definition, aus verschiedenen möglichen für die „Sozial- und Wirtschaftsstrukturen“ der Regionen, allzu starkes Vertrauen in die Höhen und in die Richtungen der vom Verfasser ermittelten Pfadkoeffizienten erlauben.

Folgende Quantifizierungsversuche kennzeichnen das Referat:

- (a) „Kollektive interessenpolitische Orientierung“ oder „Mobilisierungsgrad“ der Regionen werden durch Petitionsunterschriften pro Kopf und Region gemessen;
- (b) „Sozial- und Wirtschaftsstruktur“ der Regionen durch Handwerker pro Kopf und Region;
- (c) „Verbandspolitisches Engagement“ der Regionen durch Teilnehmerzahl an der Versammlung des Vereins zum Schutz der vaterländischen Arbeit im April 1849 pro Kopf und Region;
- (d) „Parlamentarisches Handeln“ durch die regionale Verteilung der Stimmen im Frankfurter Parlament für den Antrag auf die kommerzielle Vereinigung Deutschlands.

Außer dem letzten enthalten diese Quantifizierungsversuche implizit theoretische Beziehungen zwischen den meßbaren Indikatoren und viel weiter reichenden politischen oder wirtschaftlichen Größen. Deshalb wird noch schärfer, als es der Verfasser tut, danach zu fragen sein, ob diese Größen eindeutig durch die Indikatoren gemessen werden können. Im Fall (b) scheint dieses bezweifelbar. Denn wird die Wirtschafts- und Sozialstruktur durch die gängigen Dichotomien Stadt-, Landbevölkerung, Agrar-, Manufaktur- oder Industrieproduktion bzw. -beschäftigte gekennzeichnet, dann würde eventuell das Einsetzen eines dieser anderen Indikatoren, z. B. Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten pro Region, in Bests politisches Entscheidungsmodell einen direkten und positiven Einfluß auf parlamentarisches Verhalten bewirken, d. h. das Gegenteil des vom Verfasser gefundenen und mir schwer erklärbaren negativen Zusammenhanges. Der behauptete Kausalkomplex würde somit gravierend verändert.

Die wichtigste Frage jedoch ist wohl, inwieweit regional unterschiedliche Petitionsunterschriftenzahlen pro Kopf die regionalen wirtschaftlichen Interessen wirklich widerspiegeln: Bezeugt erstens eine Unterschrift in Region A dasselbe Interesse

wie in Region B und ist zweitens das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Unterschrift überhaupt ein Zeugnis für das Vorhanden- oder Nichtvorhandensein entsprechender realer wirtschaftlicher Interessen? Zum ersten Punkt ist zu bemerken, daß die Effektivität der regional unterschiedlichen Organisationen zur Petitions-sammlung (d. h. Koordination, Informationsaustausch, Kommunikationsnetzwerk usw.) doch stark von der Bevölkerungsdichte abhängig ist und daß die Kosten einer Petitionsunterschriftensammlung pro Unterschrift bei hoher Dichte niedriger sind als in weniger dicht besiedelten Regionen. Somit ist Bests „Mobilisierungsgrad“ möglicherweise verzerrt: Ein hoher Mobilisierungsgrad mißt eventuell nur (oder auch) den Einfluß einer hohen Bevölkerungsdichte und nicht (nur) starke wirtschaftliche Interessen. Zum zweiten Punkt: Wo die Nachteile einer politischen Entwicklung – hier Schutzzollbestrebung – sich auf viele verteilen, d. h. in vielen Regionen nicht konzentriert auf individueller Ebene spürbar werden, ist eine kollektive Artikulation, trotz objektiver Benachteiligung einer Region, nicht in allen Fällen zu erwarten. Nach Bests Messung eher indifferente Regionen gegenüber der Schutzzollfrage, konnten durchaus eine wirtschaftliche Benachteiligung objektiv zu befürchten gehabt haben, ohne deshalb mit positivem Mobilisierungsgrad in die Messung eingegangen zu sein. Damit könnte vielleicht auch die auffällige Konzentration der Petitionen bzw. Unterschriften zu 93,3 % auf schutzzöllnerische Bestrebungen erklärt sein. Daß kollektives Handeln durch ein individuelles Kosten-Nutzen-Kalkül beeinflusst wird, und damit auch bei der Sammlung von Petitionsunterschriften eine wichtige Rolle spielen kann, ist eine zentrale Angelegenheit der Arbeit von Jonathan Pincus (*Pressure Groups and Politics in Antebellum Tariffs*, New York, 1977), einer quantitativ-theoretischen Analyse des wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesses bei der Einführung des amerikanischen Zolltarifs von 1824. Zwei seiner Postulate interessieren hier: „First, that the fewer the individuals who enjoy the benefits and, for any group size, the more concentrated the benefits, then the larger the ratio of group effort to effect; second, that the intensity of pressure-group activity depends on the geographical dispersion of the individuals, because the costs of obtaining information about the actions of others and of coordinating and monitoring efforts can be expected to rise with distance, especially in periods such as the 1820s in which communications were slow and costly“ (S. 3). Weiterhin muß auch auf Pincus' empirischen Test einer polit-ökonomischen Theorie der Zolltarifentscheidung im amerikanischen Kongreß aufmerksam gemacht werden, denn dort (Kapitel sechs) wird dem Faktor „Geographic Dispersion“ einer Industrie wegen der Kommunikationsprobleme eine signifikante Rolle in der Erklärung der Höhe des erreichten Zollschatzes für die Industrie zugerechnet (S. 159–160).

Abschließend einige Bemerkungen zur Rationalität der Schutzzollbewegung in den 1840er Jahren in Deutschland: Es waren möglicherweise gar nicht die längerfristigen, aufgrund der Wirtschaftsstruktur wirksamen Interessen, die sich hier niederschlugen, sondern lediglich kurzfristige Reaktionen auf einen Konjunkturabschwung. Auch ist bemerkenswert, daß Handwerker in Regionen mit weniger bedeutendem Außenhandelseinfluß sich so stark für diese Sache mobilisieren ließen. Objektiv war es eigentlich nicht zu erwarten, daß, zugespitzt formuliert, Metzgergesellen eine wirtschaftliche Verbesserung durch Schutzzölle hätten bekommen kön-

nen. Eher wäre zu erwarten gewesen, daß statt des Außenhandels die zunehmenden binnenwirtschaftlichen Handelsströme seit der Gründung des Zollvereins, sowie auch die günstige Transportkostenentwicklung durch die Eisenbahnen, eine zunehmende binnenwirtschaftliche Konkurrenz – und damit Einfluß auf die Lage der Handwerker – bewirkte. Somit kann man die Schutzzoll- und Freihandelsbewegungen in den 1840er Jahren als ein Resultat einer schon eingeleiteten Wirtschaftsunion betrachten. Bests Behauptung, daß „die sektionale Spaltung in ein freihändlerisches und ein schutzzöllnerisches Lager den Prozeß der wirtschaftlichen Integration Deutschlands [1849] [negativ] beeinflusste“ könnte daher möglicherweise in eine falsche Richtung weisen.

Daß die Petitions- bzw. Schutzzollbewegung von anderen Motiven *überlagert* war, und deswegen als Träger anderer Interessen, wie z. B. der Sorge über eine kleingewerbliche Mittelstandserhaltung wirken konnte, ist m. E. eines der wichtigeren Ergebnisse dieser Studie, das eine hoffentlich intensivere Behandlung, als sie der Verfasser hier geben konnte, in zukünftigen Analysen erhalten wird. Dieser Interpretationsansatz entspräche auch eher den Hamerowschen Ergebnissen, die vom Verfasser hier nicht herangezogen werden. Im Gegensatz zu vielen möglichen anderen Versionen über ein wirtschaftlich vereintes Deutschland, das die politisch herrschenden Regenten, die Agrarier oder auch die Industriellen hatten, wäre dann der Frankfurter Parlamentsantrag für ein protektionistisches deutsches Wirtschaftsgebiet eher als Wunschbild des Kleingewerbes zu betrachten. Zugleich wäre er dann eine Flucht nach vorne und hinten gewesen, um die politisch-ideologische Einheitsbewegung einer mittelständischen Absicherungskampagne auszunutzen. Aufgrund dieser Interpretation könnte die Hypothese aufgestellt werden, daß die preußische Beschränkung der Gewerbefreiheit in den 1850er Jahren ein Erbe des Frankfurter Parlaments war. Hamerows Erklärungen dieser reaktionären Bewegung würden damit noch weiter untermauert und ergänzt.

Zu hinterfragen ist auch, ob die sehr intensiv geführten handelspolitischen Debatten der 40er Jahre wirklich nur als Ausdruck klar erkannter Interessengegensätze zu interpretieren sind. Ich glaube, daß besonders die Debatten im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Frankfurter Parlaments und die dort vorbereiteten Entwürfe zu einem Zolltarif für ein wirtschaftlich integriertes Deutschland nicht nur als schiere Interessenvertretung betrachtet werden sollten, vielmehr enthalten sie meines Wissens die ersten wirklich ausführlichen und durchdachten Analysen des vorhandenen Zollvereinstarifs. Somit könnten diese Auseinandersetzungen auch den Aspekt einer „honest debate“ zum Zweck der „discovery of knowledge through mutual interchange of ideas“ enthalten haben, was Richard C. Edwards in seinem Aufsatz, „Economic Sophistication in 19th Century Congressional Tariff Debates“, *Journal of Economic History*, Dec. 1970, S. 838, für die Zolltarifdebatten des amerikanischen Kongresses im frühen neunzehnten Jahrhundert konstatiert.

Diese kritischen Hinweise sollen aber letztlich nicht von den beachtungswerten Ergebnissen als auch von der methodischen Raffinesse dieser Studie ablenken, die nur durch das freimütige Bekenntnis des Verfassers zur Quantifizierung und durch seinen Spürsinn für eine höchst interessante neue Quelle möglich wurden.